GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint 6 mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.– RM monatlich, ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstraße 8 a. Postscheckkonto Hannover Nr. 238 44 (Willi Eichler, Berlin S 14, Inselstraße 8 a).

NUMMER 40 B — BERLIN • Mittwoch, den 17. Februar 1932 — 1. JAHRGANG

Für einen gemeinsamen Arbeiterkandidaten.

Wichtige Entschließung einer freien Gewerkschaft.

E. H. Kassel, 15. Februar.

Am 13. Februar 1932 fand eine Versammlung des Bezirksvereins Kassel im Verband der Deutschen Buchdrucker statt, die in einer Entschließung Stellung nahm zur Reichspräsidentenwahl und zur „Eisernen Front". An den Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bund und alle ihm angeschlossenen Verbände wurde das Ersuchen gerichtet, sofort Schritte zu unternehmen, um die Aufstellung eines gemeinsamen Arbeiterkandidaten zu ermöglichen. Es wurde gefordert, daß zu dieser Besprechung alle Arbeiterparteien und Arbeiterorganisationen, ohne Rücksicht auf ihre seitherige Stellungnahme und auf ihre zahlenmäßige Stärke, hinzuzuziehen seien. Die Mitgliedschaft sei der Auffassung, daß ohne einen derartigen Versuch die Arbeiterschaft schließlich gezwungen würde, ohne Rücksicht auf das Verhalten ihrer Führer *ihre eigenen Wege zu suchen.*

Unter dem Vorbehalt, daß die freien Gewerkschaften die Gewähr dafür übernähmen, daß die „Eiserne Front" eine vollständig überparteiliche Organisation bleibe, erklärten sich die Anwesenden bereit, sich restlos in den Dienst dieser Organisation zu stellen. Am Schluß der Entschließung wird die Arbeiterschaft ersucht, diese Stellungnahme tatkräftig zu unterstützen. Leider zeigten einige kommunistische Kollegen auch hier wieder, daß sie für eine gemeinsame Arbeit noch immer kein Verständnis haben. Eine von ihrer Seite eingebrachte Entschließung wurde von der Gesamtkollegenschaft abgelehnt, weil die Versammlung der Auffassung war, daß in bezug auf die Präsidentenwahl die Stellungnahme der anderen Arbeiterparteien abgewartet werden müsse.

Um Hindenburg.

hl Berlin und München, 15. Februar.

Die NS, die DNVP und die „Vereinigten Vaterländischen Verbände" haben Erklärungen abgegeben, sie würden HINDENBURG nicht wählen; sie würden gegen „das System" kämpfen, dessen Ausdruck BRÜNING sei. Der „Stahlhelm", der zunächst dem Reichspräsidenten mitgeteilt hatte, er sei bereit, ihn zu unterstützen, „*wenn* eine ausreichende sichtbare Voraussetzung für einen Kurswechsel geschaffen" würde, hat später erklärt: diese Voraussetzung sei nicht erfüllt; der „Stahlhelm" habe jetzt freie Hand. Der „Kyffhäuser"-Bund hingegen hat erklärt: „Wir verlassen unseren HINDENBURG nicht."

Die Zahl der Eintragungen für HINDENBURG ist auf 2 800 000 angewachsen.

Reichstag am 23. Februar.

h Berlin, 15. Februar.

Der Reichstag ist für Dienstag, den 23. Februar, 15 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht lediglich die „Beschlußfassung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten".

Chinas Verteidigung.

Der am Montag erneuerte Angriff der Japaner gegen Wusung ist wieder von den chinesischen Truppen abgeschlagen worden.

Japans Angriff.

Die Japaner ziehen weiter neue Streitkräfte in Schanghai zusammen. Die in Schanghai sich befindenden japanischen Truppen belaufen sich nunmehr auf ungefähr 22 000 Mann.

Vollkommen unerwartet sind am Montag drei japanische Kanonenboote in Swatau eingelaufen. Die chinesischen Behörden treffen Vorbereitungen für die Abwehr eines japanischen Angriffs.

Nach einer russischen Meldung hat das japanische Oberkommando beschlossen, in Tsingtau eine Intendantur zu errichten, um dort Lebensmittel und anderes für die japanische Armee zu kaufen.

Der Vertreter Chinas im Völkerbund, YEN, hat sich an den Papst gewandt mit der Bitte, für China einzutreten. Der Kardinalstaatssekretär hat ihm hierauf telegraphisch versichert, der Papst würde für den Frieden in China — beten. Nach dem bekannten Spruch: „Bete und arbeite" bleibt nach der vom Papst geübten Arbeitsteilung die *Arbeit* für den Frieden an China hängen — und den anderen Friedensfreunden.

Chinas Berufung beim Völkerbund.

In Genf hat der chinesische Vertreter nunmehr die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes beantragt. Er stützt sich dabei auf Art. 15 des Völkerbunds-Vertrags, wonach die Versammlung zusammentreten muß auf Antrag einer der beiden streitenden Parteien. Voraussichtlich wird die Versammlung Anfang nächster Woche in Genf tagen. 54 Mitgliedstaaten müssen aufgefordert werden, Delegierte zu entsenden. Die Regierungen werden zum großen Teil ihre Vertreter auf der Abrüstungskonferenz bevollmächtigen.

Es besteht wenig Aussicht, daß diese Delegierten über den chinesischen Konflikt in einem andern Geist beraten werden, als sie die große Sache des Friedens mißhandeln. Es scheint, als wenn auch der chinesische Gesandte, der offen erklärt hat, daß seine Hoffnung auf die Unterstützung des Völkerbundsrates endgültig gescheitert sei, keine günstige Wendung von der Entscheidung der Vollversammlung erwarte. Aber er wird noch einmal vor diesem Weltforum die Sache Chinas vertreten können. Die von ihren Regierungen mit Instruktionen ausgestatteten Delegierten werden diesen Appell an das Recht mit der Beherrschung, wie sie erzogenen Diplomaten eigen ist, anhören; dann wird eine Kommission zusammentreten; dann kommt der noch etwas unangenehme Tag, an dem der einerseits — andererseits Beschluß dieser Kommission mitgeteilt wird; danach hat dann wieder die Gewalt allein das Wort.

Die Rüstungsgeschäftsleute können kassieren.

Japanische Kriegsanleihe von 51 Millionen.

kr Tokio, 16. Februar.

Die Auflegung einer Anleihe von 3 400 000 Pfund (51 Millionen RM) für die durch den Schanghaier Feldzug entstehenden Ausgaben wurde am Montag durch eine kaiserliche Verfügung genehmigt.

Englische Sorgen im Fernen Osten.

m London, 16. Februar.

MAC DONALD hat am Montag an seinem Krankenbett außer dem Außenminister, auch BALDWIN und den Kriegsminister empfangen und mit ihnen den Ernst der Lage im Fernen Osten besprochen.

Der Fall Memels.

i Genf, 15. Februar.

Die Mitglieder des Juristenausschusses, der das juristische Recht Litauens prüfen soll, haben schon am Sonntagabend den ersten vorläufigen Entwurf ihres Gutachtens ausgearbeitet. Sie erklären darin, daß der litauische Gouverneur nicht berechtigt sei, die Autonomie des Memelgebiets zu verletzen, daß aber andererseits die zuständigen Memeler Organe verpflichtet seien, die Souveränität des litauischen Staates zu wahren. Auf Grund dieses Sowohl-als-auch-Gutachtens verhandelt der Vorsitzende des Juristenausschusses, COLBAN, heute eingehend mit der litauischen und der deutschen Abordnung.

Noch während dieser Besprechungen sind in Genf telegraphisch die Beschwerden zweier Abgeordneter des Memel-Landtages eingetroffen, in denen mitgeteilt wird, daß der litauische Ministerpräsident das mehrfache Ersuchen der beiden Abgeordneten, die Erlaubnis zur Ausreise nach Genf zu erhalten, abgelehnt habe. In der Bevölkerung Memels herrscht große Empörung über die Absage. Man befürchtet, daß die Ratsmächte einseitig unterrichtet werden, zumal außer dem akuten Fall der Direktoriumsbeseitigung noch wegen einer Reihe früherer Streitpunkte zwischen Memel und Litauen Beschwerden in Genf vorliegen, von denen man hofft, daß sie gleich mit zur Sprache kommen.

AUS DEM INHALT:

Verbote aus vier Tagen.
Religionsunterricht an Berufsschulen.
Ein Bauer an Lenin.
Arbeitslosigkeit in Frankreich.
Kampf um die Jugend in Italien.
Der deutsche Außenhandel.
Nachwort zum Helldorf-Prozeß.

Frankreich vor den Wahlen.

M. S. Die französische Politik wird seit Wochen weit mehr durch die kommenden Wahlen bestimmt als durch die Aufgabe, die Frankreich auf der Abrüstungskonferenz übernommen hat, und durch die Regelung der Reparationen. Weder hat TARDIEUS Vorstoß in Genf einen sehr lang nachhallenden Donner in Frankreich erzeugt, noch hat BRÜNINGS Rede über die Abrüstung einen Anlaß zu starken Erregungen gegeben. Wenn man die französische Presse zu BRÜNINGS Rede von rechts bis hinüber zu den Kommunisten verfolgt, so kommt auf allen Seiten dasselbe zum Ausdruck, was man auch so schon über Deutschland dachte; BRÜNING hat mit seiner Rede also weder eine Reformation noch eine Revolution hervorgerufen.

In dem rechtsstehenden „Echo de Paris" wird BRÜNINGS Vorsicht bemerkt; obwohl er als religiöser Mensch und großer Intellektueller die deutschen Vorschläge unter dem Gesichtspunkt der Ewigkeit vorgetragen habe, so ziele er in Wirklichkeit doch nur auf die Wiederbewaffnung Deutschlands ab. Die Gleichheit, an die BRÜNING appelliere, läßt nach der Auffassung der französischen Rechten der Versailler Vertrag nicht zu.

Die gemäßigten Katholiken fallen ihrem deutschen Glaubensbruder nicht in den Rücken. Aber sie meinen, er habe nur Negatives gesagt, anstatt einen positiven Vorschlag zu bringen.

Die liberale Mitte kommt BRÜNING um einen Schritt entgegen. Der deutsche Reichskanzler habe die Tür zu Verhandlungen offen gelassen. Daß die NS mit seiner Rede unzufrieden waren, könne die Franzosen nur erfreuen. Wenn die französische Rechte BRÜNING vorwerfe, daß er unaufrichtig gesprochen habe, so habe er das mit seinem Beichtvater auszumachen; wenn man sage, er sei Gefangener der Reaktion, so gelte das Gleiche für TARDIEU.

Die Sozialisten im „Populaire" halten BRÜNINGS Rede mit ihrer These von der Gleichheit der Rüstungen vom sozialistischen Standpunkt aus für unannehmbar. Mitverantwortlich aber für diese deutsche Haltung sei die Politik der französischen Reaktion.

In der kommunistischen „Humanité" wird festgestellt, daß BRÜNING den russischen Abrüstungsplan — gemeint ist wohl der alte von 27 — überhaupt nicht erwähnt, sondern nur den Plan TARDIEUS freundlich behandelt habe, ohne ihn scharf zu kritisieren. Damit habe er in Wahrheit seine Zustimmung gegeben zur Schaffung einer internationalen Armee, die dazu dienen könne, dem deutschen Volk die Forderungen des Versailler Vertrags abzuzwingen.

All diese Stimmen sind bereits wieder verstummt, da das Interesse der Franzosen sich den innerpolitischen Aufgaben zugewandt hat. Kammer, Senat und LAVAL stehen in einem Ringen um die Vorherrschaft der Reaktion gegenüber einer Koalition, die von der Mitte bis hinüber zu den Sozialisten reichen wird. Das jüngste Ereignis, der Kammerbeschluß über die Wahlreform, der unter dem Protest der Linken zustandegekommen ist, hat die Gegensätze nunmehr so verschärft, daß sogar von einem Sturz des Kabinetts LAVAL geredet wird. Die Verstimmung gegen LAVAL geht vom Senat aus, der der Rechtsrichtung, die LAVALS Kabinett eingeschlagen hat, innerlich niemals zugestimmt hat und auch der allzu freigebigen Finanzpolitik dieser Regierung scharfe Kritik entgegenbringt.

Die Rechte fürchtet in der Tat, daß sie bei der bevorstehenden Kammerwahlen ihre Mehrheit verlieren wird. Diese Befürchtung geht einerseits zurück auf die Resultate der Ersatzwahlen der vergangenen Jahre, andererseits — und diese Sorge ist weit ernster — auf den Beschluß der SPF, im etwaigen zweiten Wahlgang auf eigene Kandidaten zu verzichten, wenn dadurch die Wahl eines Kandidaten der Rechten vermieden werden kann. Da diese Verabredungen nur für den zweiten Wahlgang gelten, so war es ein geschickter Vorstoß der reaktionären Parteien, ihren Gegnern durch Unterdrük-

kung des zweiten Wahlgangs einen Streich zu spielen. Dies ist der Grund, weshalb sie nicht von ihrem Plan der Wahlreform abgelassen haben. Sie haben ihn durchgebracht mit den Stimmen der Kommunisten, die dem Beschluß der Rechten zustimmten als einer Maßnahme, die der Politik „Klasse gegen Klasse" entspricht. Im zweiten Wahlgang besteht naturgemäß das Bestreben, Koalitionen zur Aufstellung eines Kandidaten zu bilden, um dadurch einen extremen Gegner schlagen zu können. Zu einer solchen Koalitionstaktik kann sich aber die KP nicht „hergeben".

Die Linke, die vor der Abstimmung in der Kammer unter HERRIOTS Führung den Saal verlassen hat, ist eilig mit dem Vorschlag hervorgetreten, in den kommenden Wahlen ein Kartell unter der Parole der Verteidigung des allgemeinen Wahlrechts zu bilden. Warum es mit diesem Vorschlag so drängte, ist nicht recht einzusehen, da ja der Senat das Gesetz der Wahlreform, wie man allerorts versichert, unter keinen Umständen durchgehen lassen wird. Werden die beiden großen Parteien also schon in dieser Wahl auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichten? War auch darum die SPF auf ihrem Parteitag nicht mehr so darauf verpicht, zu bekennen, daß man den Sozialismus wolle? (Die Radikalsozialisten sind nämlich trotz ihres Namens keine sozialistische Partei.)

Hierzu kommt eine andere merkwürdige Angelegenheit. Nach dem „Populaire", der Zeitung der SPF, soll HERRIOT in seiner Kammerrede von dem Kartell der Roten gegen die Weißen gesprochen haben. Im „Oeuvre", einem der führenden radikalsozialistischen Blätter, spricht ein Leitartikel von dem Kartell der Blauen gegen die Weißen. Blau ist die Farbe der Radikalsozialisten. Wie wird es nun gefärbt sein, dieses Kartell? Was gibt die Farbmischung blau-rot? Es besteht die Befürchtung, daß hier das Blau mehr hervortreten wird als das Rot, von dem alle Sozialisten immer behauptet haben, daß seine leuchtende Kraft nicht unterzukriegen sei. In den Wahlen von 1928 haben die Gruppen der Radikalen 170 Sitze erhalten, die Sozialisten 101.

Die Gefahr, die der lauen französischen sozialdemokratischen Partei droht, wird noch dadurch verstärkt, daß das neue Kartell die Sozialisten dieser Partei in immer stärkeren Gegensatz zu den Kommunisten setzt (1928 hatte es noch in einigen Wahlbezirken des Nordens ein Wahlbündnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gegeben). Die Wahltaktik der Kommunisten, die SPF als eine arbeiterfeindliche Partei hinzustellen, gewinnt damit an Boden. Die sozialdemokratische Partei begibt sich also in der kommenden Wahl auf eine sehr schiefe Ebene. Sie hätte ein Wahlbündnis mit den Radikalen gegen die Macht der Reaktion nur dann eingehen können, wenn sie ein kraftvoll und deutlich in Erscheinung tretendes sozialistisches Programm aufgestellt hätte. Freilich wäre sie mit solchen Forderungen gegenüber den Radikalsozialisten nur bündnisfähig gewesen, wenn diese bei Ablehnung eine Opposition der Sozialisten oder gar eine Koalition der Sozialisten mit den Kommunisten hätten fürchten müssen. Von einer solchen Furcht bei den Radikalen ist aber keine Rede; im Gegenteil, die Sozialisten haben Furcht und dieser schlechte Berater verleitet sie, unter der Parole, gegen die Reaktion zu kämpfen, eine Verbindung nach rechts hinüber aufzunehmen. Das gleiche Schauspiel wie in Deutschland! Eine Koalition, die darum so verhängnisvoll ist, weil die Sozialdemokraten die Gegensätze innerhalb der Koalition verschleiern und sich dadurch daran gewöhnen, das, was ihre Partei existenzberechtigt macht, lieber überhaupt nicht mehr zu nennen; sogar nicht in den eigenen Parteiversammlungen. Ein Zugeständnis, wie LEON BLUM es auf dem Parteitag den Mitgliedern der SPF zugemutet hat, im Wahlprogramm auf den Kampf für den Sozialismus zu verzichten, geht weit über das hinaus, was bei einem Zusammenschluß zweier Parteien erforderlich ist. Der Wahlsieg dieses Kartells wird also — wenn überhaupt — unter blauen Flaggen gefeiert werden.

Kabinettskrise in Frankreich.

k **Paris, 16. Februar.**

Die gesamte politische Oeffentlichkeit sieht der heutigen Senatssitzung mit der größten Spannung entgegen. Man rechnet fest damit, daß der Ministerpräsident sich für eine sofortige Aussprache zur Verfügung stellt und eine große politische Rede hält. LAVAL soll sich am Montag abend ziemlich pessimistisch geäußert haben, nachdem er in den Wandelgängen des Senates mit den verschiedenen Gruppen persönlich Fühlung genommen hatte. Dieser angebliche Mangel an Zuversicht beim Ministerpräsidenten wirkt sich auf die Stimmung so stark aus, daß man jetzt wieder von einer äußerst kritischen Lage spricht. Im günstigsten Fall werde das Kabinett eine Mehrheit von fünf oder sechs Stimmen erzielen, doch könne es ebenso gut zum Sturz kommen. Im letzteren Fall werde der Senator und frühere Ministerpräsident BARTHOU die Regierungsbildung übernehmen und eine Art geschäftsführendes Kabinett für die Zeit der beschleunigten Wahlen zusammenstellen.

Auf das Gegenargument, daß die Mehrheit der Kammer ein Senatskabinett nicht bewilligen werde, wird in politischen Kreisen erwidert, daß die Kammer bzw. die einzelnen Gruppen eine gewisse Vorsicht walten lassen würden. Die Abgeordneten hätten kein Interesse daran, es mit einem Kabinett zu verderben, das einerseits das Vertrauen des Senats besitze, und andererseits die Durchführung der Wahlen auf sein Programm setze. Eine französische Regierung hat während der Wahlen insofern stets eine außerordentlich große Bedeutung, als ihr der gesamte Wahlapparat zur Verfügung steht.

Von gut unterrichteter Seite wird schließlich hervorgehoben, daß der Senat vor dem Kabinettssturz nicht zurückschrecken werde, wenn LAVAL nicht gewillt oder nicht in der Lage sei, befriedigende Erklärungen zu dem von der Kammer angenommenen Wahlreformgesetz abzugeben. Man wolle es eher auf eine Kabinettskrise als auf die Durchführung dieses Gesetzes ankommen lassen. Einen langandauernden Kampf zwischen Senat und Kammer halte man für das weitaus größere Uebel, während ein Regierungswechsel das von der Opposition mit allen Mitteln bekämpfte Gesetz ohne weiteres zu Fall bringen würde.

Wie in der Frühpresse ergänzend verlautet, wird Ministerpräsident LAVAL dem für Dienstag vormittag einberufenen Ministerrat in großen Richtlinien seine Verteidigungsrede mitteilen. Die Regierungsmehrheit macht alle Anstrengungen, den Senat zu besänftigen, und legt ihm nahe, die große Aussprache wenigstens um einige Tage zu verschieben. Die Linke dagegen gibt deutlich zu erkennen, daß sie in der Senatsaussprache eines der wirksamsten Mittel ihres gegen die Wahlreform angekündigten Kampfes erblicke.

Zur Zeit der Abrüstungskonferenz.

m **London, 15. Februar.**

Eine größere Anzahl von Fairy Fox-Bombenflugzeugen, die die erste Lieferung des großen Auftrages des belgischen Luftministeriums darstellen, sind am Montag nach Belgien abgeflogen.

Lausanner Konferenz am 20. Juni.

k **Paris, 16. Februar.**

Wie hier verlautet, soll die Lausanner Konferenz am 20. Juni, d. h. zehn Tage vor dem Ablauf des HOOVER-Feierjahres, eröffnet werden.

Arbeitslosigkeit in Italien.

p **Rom, 15. Februar.**

Die Zahl der Arbeitslosen, die am 31. Dezember 892 000 betragen hatte, ist bis zum 31. Januar auf 1 051 000 gestiegen. Von den Arbeitslosen waren 803 000 Männer und 248 000 Frauen. 257 000 Personen erhalten Arbeitslosenunterstützung.

Neue Streikbewegungen in Spanien.

p **Madrid, 15. Februar.**

Unter den syndikalistischen Arbeitern waren für Montag in ganz Spanien Streikparolen ausgegeben, um für die von der Regierung verbannten Genossen zu demonstrieren. In Barcelona streiken die Hafen- und Metallarbeiter, in Malaga und Saragossa kam es zu Teilstreiks, in Sevilla und zwei anderen Städten herrscht Generalstreik. Auch Landarbeiter haben sich den Streikenden angeschlossen. Es ist auch wieder Militär eingesetzt worden, um die Streiks niederzuwerfen.

Anschlag auf den Schnellzug Rom-Paris.

k **Paris, 15. Februar.**

Der in der Nähe von Marseille auf den Schnellzug Rom—Paris verübte Anschlag hat zu Fahndungen der Polizei in den benachbarten Steinbrüchen geführt. Dort sind Italiener beschäftigt, die mit dem italienischen Faschismus nicht einverstanden sind. Wie weit in diesen politisch radikalen Arbeitern die Attentäter auf Schnellzüge zu suchen sind, bleibt abzuwarten.

Verbote aus vier Tagen.

h **Bremen, 12. Februar.**

Auf Beschluß der Polizeikommission des Senats ist die „Bremer Nationalsozialistische Zeitung" auf die Dauer von vier Wochen verboten worden.

g **Magdeburg, 13. Februar.**

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die Wochenschrift „Der Trommler" (NS) auf die Dauer von zwei Wochen verboten.

k **Hamburg, 13. Februar.**

GOEBBELS, dem das Reden und Erscheinen in einer NS-Versammlung in Altona verboten worden war, sollte am 16. Februar vor den Altonaer NS in Hamburg sprechen. Die Hamburger Polizei hat GOEBBELS das Reden in dieser Versammlung untersagt.

k **Hamburg, 13. Februar.**

Die Polizei hat die Schließung des in der STRESEMANNstraße befindlichen NS-Verkehrslokals SCHULZ auf die Dauer von zwei Wochen angeordnet.

h **Kassel, 15. Februar.**

Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau hat die in Kassel erscheinende „Hessische Volkswacht" (NS) für die Zeit vom 16. Februar bis 7. März verboten.

h **Berlin, 15. Februar.**

Der Polizeipräsident hat die „Rote Fahne" mit sofortiger Wirkung bis zum 29. Februar verboten. Anlaß zu dem Verbot gab der am 11. Februar erschienene Artikel „Massenkampf gegen Hunger und Kältenot" und der am 12. Februar veröffentlichte Aufsatz „Massenkampf gegen den neuen Angriff auf die Erwerbslosen, Kranken und Invaliden."

Wucher.

Wir entnehmen der Zeitschrift „Deutsche Beamten-Krankenversicherung" Folgendes:

„Die Herstellungskosten für die kleinste Packung Pyramidontabletten dürften kaum mehr als 6 bis 7 Pf. betragen. Die Apotheke kauft die Packung mit etwa 50 bis 55 Pf. ein. . . . . Bei Aspirin dürfte die Herstellung kaum mehr als 6 Pf. kosten, der Einkaufspreis der Apotheke beträgt 50 Pf. . . . Diese Fabrikate werden in der Hauptsache von I. G. Farben hergestellt. . . . Pyramidontabletten z. B., die in jeder Apotheke 2,10 Mark kosten, bekommt man in Paris für 40 Pf."

Der Staatsanwalt fürchtet sich offenbar, gegen einen so mächtigen Konzern vorzugehen, obgleich der Tatbestand des Wuchers vorliegt.

Der Bierstreik.

k **Hamburg, 15. Februar.**

Wie die Streikleitung des Zentralverbandes der Gast- und Schankwirte von Groß-Hamburg mitteilt, beträgt die Zahl der streikenden Gastwirte in Hamburg und der näheren und weiteren Umgebung rund 6000. Man schätzt bei den Gastwirtsvertretern den täglichen Ausfall, den die hamburgische Finanzkasse durch den Bierstreik erleidet, auf 40 000 Mark.

h **Berlin, 15. Februar.**

Reichskanzler BRÜNING hatte am Montag vormittag eine Besprechung mit dem Parteiführer der Wirtschaftspartei und mit dem Präsidenten des Deutschen Gastwirte-Verbandes über die Frage der Biersteuer und ihre Umgestaltung.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(39. Fortsetzung.)

„Lassen Sie uns von Brandt reden, Germaine. Es gibt, wie die Historie lehrt, Männer, die zeitlebens Herz und Gedanken an ein fernes Idol gehängt haben, die aber dann plötzlich sehend werden und mit scharfer Wendung umkehren, weil die harte Wirklichkeit sie ernüchtert. Verstehen Sie mich? Ob Léon Brandt auch zurückspringt, wenn er einsieht, daß Menschenkunst immer stümperhaft bleibt, daß die großen Gewalten in den Völkern nicht in Jahrzehnten korrigiert oder ausgelöscht werden können? Ahnen Sie jetzt, warum es wichtig ist, diesen Mann bis in die letzte Ecke zu durchleuchten? Wird er im Augenblick höchster Not sein Vaterland preisgeben, nur damit die reine Idee triumphiert? Wessen haben wir uns von ihm zu versehen, wenn wir gezwungen wären, die Mobilmachung auszusprechen . . ."

„Furchtbare Möglichkeit!" Germaine streckt abwehrend die Hände von sich.

„Würde uns Brandt in den Arm fallen? Wir sind unterrichtet, daß Broucq, Lomnier und Millaut schon ihre geheimen Fäden spinnen, daß die Landrux, diese glühende und hassende Sozialistin, wie ein roter Teufel in den Arbeitervierteln umherschleicht. Aber Brandt ist und bleibt mir ein Rätsel mit sieben Siegeln. Lösen Sie es, Germaine."

Die lichte Frau verkrampft ihre Hände im Schoß. „Es ist schwer, an Brandts tiefstes Menschentum heranzukommen . . ." sagt sie mit einem Blick ins Leere.

Wieder ergreift der Greis ihre Hand. „Halten Sie ihn für ehrgeizig?"

„Alles andre als das!"

„Für einen geborenen Umstürzler und Revolutionär?"

Germaine denkt drei Sekunden nach. „Umstürzler . . . möglich, aber bestimmt nicht im landläufigen Sinne . . ."

Saint Brice erhebt sich nervös. „Also was droht von dieser Seite! Können wir ihn noch zu uns herüberreißen oder müssen wir ihn unschädlich machen?!"

Germaine fährt aus dem Sessel hoch. „Was haben Sie vor, Baron?!"

Saint Brice geht rasch hin und her. „Ein schlechter Staatsmann, der nicht jeden Gegner in seinem Kalkül berücksichtigt," sagt er kalt und sachlich. „Herr Brandt hat es in der Hand, ob er sich fügt oder uns herausfordert! — Nehmen Sie an dieser Tatsache keinen Anteil, gnädige Frau?" Seine Augen tasten unter den halbgeschlossenen Lidern zu Germaine hinüber.

„Ich weiß nicht, warum Sie mir das alles sagen, Baron", fragt sie mit erzwungenem Gleichmut.

Ein Lächeln furcht die dünnen Greisenlippen. „Verzeihen Sie meine Indiskretion, liebe Germaine, vielleicht auch meine Geschmacklosigkeit . . ." seine Stimme wird warm und vertraulich, „viele behaupten, daß Herr Brandt für Sie eine . . . eine große Verehrung hegt . . . Bitte, zürnen Sie Ihrem väterlichen Freund nicht . . ."

Germaines Lachen tönt dunkel und unsicher. „Hören Sie auf den Klatsch, der in den Wandelgängen des Palais Bourbon kolportiert wird?"

Saint Brice machte eine ritterliche Handbewegung. „Warum", lächelt er liebenswürdig, „soll gerade der Minister Brandt gegen so viel Schönheit gefeit sein? Warum darf er Ihnen nicht seine Bewunderung zu Füßen legen?"

Die blonde Frau geht mit selbstsichren Schritten vor dem Schreibtisch auf und nieder. „Tragen wir keine Gefühle in die Politik, lieber Baron", spottet sie reserviert. „Ein Mann von der Art Léon Brandts räumt der Liebe keinen angemessenen Platz in seinem Leben ein, glauben Sie mir das! Was führen Sie überhaupt im Schilde?" Sie bleibt vor Saint Brice stehen.

„Bieten Sie Ihren Einfluß auf, Gnädigste! Verhindern Sie Brandts Demission!" erklärt er mit ungewohnter Heftigkeit.

„Daran ist Ihnen gelegen?" fragt sie tief erstaunt. „Ich bildete mir ein, sein Rücktritt würde von Ihnen als Erlösung empfunden . . .!"

„Keine Regierung kann sich heute die offene Gegnerschaft dieses Mannes leisten!" fährt er sichtlich nervös fort. „Solange er im Kabinett sitzt, brauchen wir ihn nicht zu fürchten, denn er wird nicht das eigene Nest verunglimpfen. Das widerspricht seiner Noblesse. Gefährlich wird er erst, wenn er die Hände frei bekommt!"

Blitzschnell durchschaut Germaine den berüchtigten Taktiker: Brandt soll Aushängeschild für die Regierung bleiben! Brandt als Außenminister — dann bleiben die Arbeitermassen ruhig, weil sie ihre Sache in guter Hand wähnen. „Ist das nicht hinterhältige Politik, Baron? Ueberdies kann ich Ihnen gar nicht nützlich sein. Welchen Einfluß soll ich denn auf Herrn Brandt besitzen?"

Saint Brice schweigt eine Weile, dann sagt er mit auffallender Distanz: „Ich würde es tief bedauern, wenn Herr Brandt sich zugrunde richtete."

Germaine fühlt, daß ihre Wangen vor Schreck blutleer werden. „Wollen Sie ihn etwa zum . . . Hochverräter degradieren?" fragt sie mit tonloser Stimme.

„Der Staat befiehlt, nicht ich", kommt es kalt zurück.

Germaine sitzt wieder im Sessel, ihre Glieder sind plötzlich schwer und gefühllos geworden. Was steht Léon Brandt bevor? Ihre Gedanken umklammern jetzt den Mann, der seit Monaten sie in ihren Tag- und Nachträumen verfolgt, den sie in den letzten Tagen mit fiebernden Herzschlägen auf seinem gefahrvollen Ozeanflug begleitet hat . . .

„Was soll ich denn tun?" Heftig wirft sie die Frage ins Zimmer.

Saint Brice ist wieder der ritterliche Seigneur. „Appellieren Sie an sein edles Herz! Ueberreden Sie ihn, in die große nationale Front einzutreten! Und wenn er gegen solche Vorstellungen taub bleibt, dann suchen Sie in Erfahrung zu bringen, was er vorhat! Welche uferlosen Pläne in seinem Gehirn kreisen. Die Kunst einer klugen Frau beginnt dort, wo unsre Möglichkeiten aufhören. Ich muß klar sehen, was mir von dieser Seite bevorsteht!"

„Sie haben Furcht vor ihm?" In Germaines Mundwinkeln triumphiert eine ferne Freude und Genugtuung.

(Fortsetzung folgt.)

Religionsunterricht an den Berufsschulen.

Der in Nr. 28 des „Funken" erschienene Aufsatz „Freidenker, nutzt eine Atempause!" hat mir eine Episode aus meiner Tätigkeit als Abgeordneter der KPD im bayerischen Landtag in der Periode von 1924—1928 ins Gedächtnis zurückgerufen, die zur Orientierung über die Frage des Religionsunterrichts an den Berufsschulen beitragen kann, wenn sie allgemein bekannt wird.

Ich hatte im Etatsjahr 1926/27 unter anderem auch folgenden Antrag gestellt: „An den Fortbildungs- und Berufsschulen ist der Religionsunterricht als Pflichtfach abzuschaffen und dafür Soziologie (Gesellschaftslehre) einzuführen."

Diesen Antrag hatte ich eigenmächtig gestellt, ohne erst bei der Partei anzufragen — die sich für Schulpolitik damals überhaupt nicht zu interessieren schien —, aber doch im Einverständnis mit meiner Fraktion, die in Schulfragen Vertrauen zu meinem Vorgehen hatte.

Bei der Begründung im Ausschuß führte ich aus, daß man den reaktionären Gelüsten anderer Länder, die sich bei ihrem Bestreben, auch ihrerseits den Religionsunterricht als Pflichtfach in den Berufsschulen einzuführen, gern auf Bayern berufen möchten, zuvorkommen müsse, indem man diese bayerische Eigenart, die einen aus der Vorkriegszeit übernommenen Anachronismus bedeute und im Widerspruch zum Schulideal der Weimarer Verfassung stehe, endlich einmal beseitige. Es sei wohl bloß einem Versehen zuzuschreiben, daß man bei der allgemeinen Aufräumungsarbeit nach dem Kriege diesen Ueberrest aus abgetaner Zeit stehen gelassen habe. Bezüglich der Fortbildungs- und Berufsschulen seien wir nicht ans Konkordat gebunden, und wir sollten diese Freiheit jetzt im Interesse des Schulfortschritts und der nationalen Einheit dazu benutzen, um wenigstens die bayerischen Fortbildungsschulen den Fortbildungsschulen der übrigen Länder anzugleichen.

Durch diese Begründung hoffte ich, es den Sozialdemokraten leicht zu machen, meinem Antrage zuzustimmen.

Ich fiel jedoch aus allen Wolken, als der Vertreter der Sozialdemokratie, Dr. Högner, diesen Antrag glatt ablehnte als verfassungswidrig, da die Verfassung den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach für alle Schulen fordere. Mein Zwischenruf: „Ja sind denn die Fortbildungsschulen in Preußen und anderen Ländern verfassungswidrig?" brachte ihn nicht aus dem Konzept. Er schien beinahe gekränkt zu sein, daß ich seiner Partei zumutete, für einen solchen Antrag zu stimmen. Der einzige, der damals im Ausschuß Verständnis für diesen Antrag zeigte und ihm zustimmte, war der Demokrat, ein Volksschullehrer.

Bei der Aussprache im Plenum führte ein Redner der Bayerischen Volkspartei aus, daß es zweierlei Soziologie gebe, eine christliche und eine heidnische, daß der Antragsteller wohl die heidnische meine; mit der christlichen, deren Begründer der Franzose Comte sei, könne er sich einverstanden erklären. Ich erwiderte ihm, daß ich die wissenschaftliche Soziologie meinte, zu der in Deutschland vielleicht Herder die erste Anregung gegeben habe, und daß es beschämend sei für die deutsche bürgerliche Gesellschaft, daß sie von dieser Sozololgie, die zum deutschen Kulturgut gehöre, gar nichts wisse. Aber sie werde wohl auch von der christlichen Soziologie nichts wissen wollen, sobald sie erfahre, daß auch die christliche Soziologie, die des Comte, wenigstens zur entschiedenen Ablehnung des Militarismus und jenes nationalen Kults führe, in dem die christliche Bayerische Volkspartei mit der Deutschnationalen wetteifere. Durch einige zitierte Sätze konnte ich das beweisen und brachte den Sprecher der Bayerischen Volkspartei in sichtliche Verlegenheit.

Wenn jetzt wenigstens in Preußen die Sozialdemokraten sich der Einführung des Religionsunterrichts an den Fortbildungsschulen energisch widersetzen — und dies sollten ihre Wähler in wuchtigen Kundgebungen verlangen — so soll ihnen ihr Versagen in Bayern nicht so hoch angerechnet werden. Wie sie dann den Widerspruch zwischen ihrer Stellungnahme in Bayern und in Preußen rechtfertigen wollen, ist ihre Sache.

Hermann Mager (München).

„Rücksichtslos ausrotten!"

Nazipläne.

Es blieb dem „Nationalsozialisten", dem Organ der Thüringer Nazis, vorbehalten, einen einfachen Ausweg aus gewissen Gefahren des Kapitalismus zu finden. „Wir haben in Deutschland etwa 300 000 unheilbare Schwindsüchtige, . . . 300 000 Geisteskranke, 10 000 Schwachsinnige und Taubstumme, 100 000 Krüppel (unter 15 Jahren), 100 000 Fürsorgezöglinge, 68 000 Hilfsschüler, 100 000 konstitutionelle Verbrecher. . . . Jeder sechzigste Mensch in Deutschland ist ein nutzloses oder direkt schädliches Glied der Volksgemeinschaft." Die Nazis bedauern, daß wir nicht „alle direkt schädlichen, volksfeindlichen Individuen . . . rücksichtslos ausrotten, und zwar auf abschreckende Weise ausrotten, und die nutzlosen ihrem natürlichen Schicksal überlassen, wie es noch das ‚finstere' Mittelalter" tat. Es wird gelobt, daß Amerika in dieser Hinsicht vernünftiger handle, weil es noch nicht so sehr mit „humanen" und „sozialistischen Vorurteilen belastet" sei.

Natürlich können die Nazis für diesen Plan, die Opfer des Kapitalismus einfach zu beseitigen (damit sie der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht mehr gefährlich werden oder lästig fallen können) nur Anhänger finden, wenn sie die Leser ihrer Zeitungen hinreichend verdummen. So erklärt es sich wohl, daß sie im Anzeigenteil der gleichen Nummer ihrer Zeitung das Inserat eines Astrologen bringen, der einen Vortrag ankündigt: „Das Horoskop über Adolf Hitler."

Eine würdige Gemeinschaft von brutaler Menschenmißachtung, Volksverdummung und Geschäft! E. B.

Kampf um die Jugend in Italien.

Wir berichteten neulich über das starke Anwachsen der faschistischen Jugendorganisationen in Italien. Die katholische Presseagentur Kipa sieht eine wesentliche Ursache dieses Erfolges in den Verträgen zwischen Mussolini und dem Papst.

Welche Vorteile Mussolini durch diesen Friedensschluß gewonnen hat, zeigt die Uebereinkunft, die jetzt über die faschistischen Balilla-Organisationen getroffen worden ist. Der italienische Armeebischof Magr. Bartolomasi ist zugleich auch General-Inspektor für die religiöse Betreuung der Balilla-Organisationen. Nun richtet er an sämtliche italienischen Bischöfe, natürlich im Einvernehmen mit Mussolini, ein Rundschreiben, worin die Richtlinien aufgeführt werden, nach denen nun auch in den katholischen Kollegien Balilla-Organisationen eingeführt und geleitet werden sollen. Bisher hatten sich diese wenig oder gar nicht um die Schaffung der Balilla-Organisationen in ihrem Bereiche angenommen, oder überhaupt nichts davon wissen wollen.

Das soll nun anders werden.

Die geistlichen Leiter werden durch die neuen Verordnungen gezwungen, dafür Garantie zu leisten, daß ihre Schüler gerade wie die übrigen italienischen Jünglinge in die Balilla-Organisationen eingeschrieben werden. Die Einschreibung hat bei der Balilla-Organisation des Ortes zu erfolgen, wo das katholische Kolleg besteht bzw. seinen Sitz hat. Das betreffende kirchliche Institut hat sich ferner zu verpflichten, daß seine Schüler genau die gleiche physische und gymnastische Ausbildung erhalten, wie dies bei den Balillas der Fall ist. Der Leiter dieses Unterrichtes nun wird nicht etwa von den Obern des katholischen Kollegs ernannt, sondern vom Vorsteher des Balilla-Werkes, der für die Ernennung lediglich die Zustimmung der Kollegs-Leitung einholt. Im Falle einer Verweigerung der Zustimmung würden die faschistischen Organe wohl schon für entsprechende Abhilfe sorgen. Hingegen hat der Leiter des katholischen Kollegs den fremden Turnlehrer zu bezahlen. Etwas Neues und Ungewohntes ist ferner die Bestimmung, daß die Balilla-Mitglieder auch in diesen Kollegien, die doch fast durchweg Ordenskollegien sind, die Balilla-Uniform tragen und auch zu den großen Festanlässen der Balillas erscheinen müssen, die am 23. März, am 21. April und am 28. Oktober abgehalten werden. Diese Bestimmungen gelten für Kollegien, in denen auf einen weltlichen Beruf vorbereitet wird, hingegen sind Kollegien, die ausschließlich sich der Heranbildung von Priestern widmen, davon ausgenommen.

So erfaßt die faschistische Jugendorganisation mehr und mehr alle Zweige der Jugendbildung, so daß — einstweilen — nur noch die Theologen davon befreit bleiben.

Einstweilen nur für die 2. Klasse.

h Berlin, 6. Februar.

Nach eingehenden Erprobungen will die Reichsbahn im kommenden Frühjahr auf der Strecke Berlin—Hamburg einen Schnelltriebwagen in Betrieb nehmen. Der Wagen kann dauernd eine Fahrtgeschwindigkeit von 150 km einhalten. Er ist als Doppelwagen entworfen. Jede Hälfte ruht an dem einen Ende auf einem Drehgestell, während die beiden Wagenhälften in der Mitte auf einem gemeinsamen Jakobs-Drehgestell aufliegen und mit einem Faltenbalg verbunden sind. In jedem der End-Drehgestelle ist ein Maybach-Motor von 410 PS Leistung eingebaut, der eine Dynamomaschine antreibt. Der von dieser erzeugte Strom wird zwei Tatzenlager-Elektromotoren zugeführt, die die Achsen des mittleren Drehgestells antreiben. Die elektrische Ausrüstung wird von den Siemens-Schuckert-Werken geliefert.

Da bei derartig hohen Fahrtgeschwindigkeiten der Luftwiderstand den bei weitem größten Teil des Gesamtwiderstandes ausmacht, kommt es darauf an, die äußere Form dem geringen Luftwiderstand anzupassen. Zu diesem Zwecke wurden die Kopfseiten der Wagenhälften stark abgerundet, der Wagenkasten so niedrig wie möglich gehalten und mit einem glatt durchgehenden, gewölbten Dach ohne Aufbauten versehen. Die günstigste Form wurde durch Beblasen von entsprechenden Modellen im Windkanal des „Zeppelin-Luftschiffbau" in Friedrichshafen ermittelt. Der Wagen enthält innen einen Gepäckraum, 102 Sitzplätze zweiter Klasse und zwei Aborte. Die eine Wagenhälfte ist für Raucher, die andere für Nichtraucher bestimmt. Der Doppelwagen ist etwa 42 Meter lang und wiegt rund 77 Tonnen.

Autobesitz.

M. H. In den USA. kommt durchschnittlich auf jeden 5. Einwohner ein Kraftfahrzeug, in Deutschland nur auf jeden 43. Einwohner. Berlin hat durchschnittlich je ein Fahrzeug auf 37 Einwohner, Hamburg auf 38 Einwohner, München dagegen schon auf 24, Braunschweig auf 25, Stuttgart auf 28. Auch die Städte Nürnberg, Dresden, Bremen, Erfurt, Bielefeld, Leipzig und Hannover haben eine größere Kraftfahrzeugdichte als Berlin und Hamburg.

„Untertanen-Unterricht."

Einige Kostproben aus einer Religionsstunde, der ich im Oktober 1931 in einer einklassigen evangelischen Landschule im Westerwald beigewohnt habe:

Stoff: Die Geschichte von den 10 Aussätzigen, die von Jesus geheilt wurden.

Lehrer: . . . sie waren geheilt. Wie waren sie da?

Schüler: Froh!

Lehrer: (erzählt die Geschichte weiter) . . . Nur einer von den 10 Geheilten eilte Jesus nach, um ihn zu danken. . . . Jesus, der sehr traurig war, daß die anderen ihn vergessen hatten, sprach zu diesem — es war ein Samariter: „Geh hin, dein Glaube hat dir geholfen." Was will Jesus denn damit sagen?

Schüler: Wenn man an Jesus glaubt, bekommt man geholfen.

Lehrer: Ja, die andern waren doch aber auch geheilt.

Schüler: Ja, aber nur von der äußeren Krankheit, nicht von der inneren Krankheit?

Lehrer: Was ist denn die innere Krankheit?

Schüler: Die Sünde.

Lehrer: Was war ihm also gewiß?

Schüler: Der Himmel.

. . . . . .

Lehrer: Wenn wir nun so sind wie der Samariter, dann wird es uns vielleicht hoffentlich auch so ergehen.

Schüler: Wir müssen Gott ehren.

Schlußgesang: „Lobe den Herren . . ."

Als es während der Stunde einmal zu offensichtlich war, daß die Kinder Unverstandenes auswendig hersagten, rief der Lehrer: „Ich sage Euch immer: denken sollt ihr, das Nachbabbeln hat keinen Wert!" Ihnen war nicht bewußt, daß er durch seinen Religionsunterricht das Denken geradezu unmöglich machte.

Leonard Nelson sagt über das Auswendiglernen und sinnlose Nachplappern im Religionsunterricht:

„Jedes Wort, das hier dem Kind zugemutet wird, ohne daß es seinen Sinn verstehen kann, bedeutet ein Verbrechen des Erziehers gegenüber dem Kinde." (System der philosophischen Ethik und Pädagogik, Seite 489/490.)

H. L.

Der Bauer an Lenin.

Ein Brief.

Wir haben das Dekret über den Bodenbesitz erhalten, in dem gesagt wird, daß künftighin das Eigentum am Boden nicht mehr bestehen, daß der Boden den Agrariern weggenommen und dem arbeitenden Volke übergeben werden soll. Wir Bauern wußten nicht, wie wir unserer Freude Ausdruck geben sollten. Endlich triumphiert die Arbeit über das Kapital und der Arbeitende über den Müßiggänger. Wir Arbeitsleute, wir Bauern waren entzückt und von Neugier erfaßt. Wer ist dieser gute Mann, der alles so schön zu ordnen verstanden hat und das Dekret mit dem Namen Lenins unterzeichnet? Wer ist Lenin? Onkel „Mitja" läuft zum Priester, zum Vater Wassili, und fragt, wer dieser Lenin ist; ob es ein Zar ist oder der Klügste der Provinzverwalter? Und er, der Priester, antwortet: „Freu dich nicht, Mitja, der Boden der Grundeigentümer gehört ihnen dank ihrer Arbeit, und wenn ihr wagtet, ihn zu besäen, würde Gott euch kein Glück schenken, er würde keinen Regen mehr schicken, und dein Lenin ist ein Antichrist." Diese Erklärung nötigte uns Bauern, mißtrauisch gegen den Priester zu sein. Wir haben nachgedacht und diskutiert und sind schließlich zu der Einsicht gekommen, daß der Priester auch daran denke, in seiner Soutane ins Himmelreich einzugehen, daß ihn das aber dennoch nicht daran hindere, fünf Pferde, vier Kühe und fünfzig Desjatinen urbaren Bodens zu besitzen und dann noch die Einkünfte der Kirche anzunehmen: wenn man zur Welt kommt — heißt es bezahlen; zur Taufe — heißt es bezahlen; beim Tode — kostet es zehn Rubel Beerdigungsgebühr; und bei uns hat man die Gebete mit Zöllen belegt wie den chinesischen Tee des Hauses Wissotski und Kompanie. Und nachdem wir das alles in Erwägung gezogen haben, entschieden wir uns, den Antichrist nicht so sehr zu fürchten und im Frühjahr den Boden der Großgrundbesitzer zu bebauen. (Aus: Henri Guilbeaux: „Wladimir Iljitsch Lenin." Berlin, 1923.)

Noch nichts gelernt!

A. K. **In der „Metallarbeiter-Jugend" Nr. 6** vom 6. Februar 1932 steht ein Aufsatz: „Die Eiserne Front".

Beim Lesen des zweiten Absatzes freute ich mich über folgenden Satz:

„Diese Eiserne Front ist keine Parteisache, sie steht über den politischen Parteiprogrammen und will die Arbeitermassen zusammenfassen für den Kampf um die Erhaltung des bisher Errungenen . . ."

Es ist im „Funken" oft gesagt worden, daß die Forderung der parteipolitischen Neutralität eine der wichtigsten Forderungen für jede Einheitsfront der Arbeiterschaft ist.

Meine gute Meinung über den Aufsatz in der „Metallarbeiter-Jugend" festigte sich auch noch, als ich darin weiter las, daß der Sozialismus eine „Frage der Ethik", ein hohes Ideal sei. Es tut nämlich wohl, auch einmal anderswo als im „ISK" oder im „Funken" die Forderung des Sozialismus als eine Forderung des Rechtsideals, statt — wie üblich — als eine Magenfrage betrachtet zu sehen.

Damit ist der Aufsatz aber noch nicht zu Ende, und das Ende zerstörte meine gute Meinung. Der Verfasser hält es offenbar für klug, in der Aufforderung zur Bildung einer Einheitsfront folgende Sätze zu schreiben:

„Auch die Kommunistische Partei benutzt seit ihrem Bestehen die Lüge und politische Verleumdung als erlaubtes Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie. Diese Lügenparteien (vorher war von den Nazis die Rede! A. K.) drohen in ihren eigenen Lügen zu ersticken."

Das glaube ich nicht, werter Kollege! Schließlich ist die SPD doch auch nicht in ihren eigenen Lügen erstickt.

*

Wie kommt es, daß solche offenbaren Schnitzer in den Zeitungen der überparteilichen Arbeiterverbände und noch dazu — wie in diesem Falle — in solch einem Artikel immer wieder gemacht werden? Ich glaube, den Genossen fehlt es einfach an einem gewissen Feingefühl für solche Dinge. Vielleicht gelingt es uns, dieses Gefühl dadurch zu stärken, daß wir nicht müde werden, immer und immer wieder auf solche Verstöße, auf solche Vertrauensbrüche hinzuweisen.

Pferd im Winter.

e Meseritz (Warthe), 11. Februar.

Unweit von dem Dorfe Poppe wurde ein herrenloses Pferd auf der Straße entdeckt, das sich, da es nicht beschlagen war, nicht vorwärts bewegen konnte. Das Tier ist dort bereits zwei Tage lang beobachtet worden. Allem Anscheln nach hat es ein Händler einfach seinem Schicksal überlassen. Das Tier wurde vorläufig vom Gemeindevorsteher von Poppe in Pflege genommen.

Der Tod in der Erde.

Neues Grubenunglück.

sch **Kattowitz**, 15. Februar.

Wie am Sonnabend abend auf dem Gotthard-Schacht in Orzegow, so entstand jetzt auf dem Nickisch-Schacht der Giesche-Grube in Janow ein großer Grubenbrand. Seit etwa 14 Tagen war man mit der Abdämmung eines örtlichen Brandfeldes beschäftigt. Plötzlich entstand infolge der entwickelten Gase eine Explosion, die den Branddamm vollkommen zerstörte. Die dort beschäftigten 14 Arbeiter wurden fortgeschleudert; hierbei wurden ein Bergmann auf der Stelle getötet, der Abteilungssteiger KULLA schwer und fünf weitere Bergleute leicht verletzt. Es wurde in aller Eile ein neuer Damm errichtet, um den Brand zu lokalisieren. Gegenwärtig ist die Gefahr eines weiteren Umsichgreifens des Feuers behoben.

Lohnkürzung unterbleibt!

n **Kopenhagen**, 15. Februar.

Die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften haben dem neuen Vermittlungsvorschlag des staatlichen Schlichters zugestimmt. Die Arbeitgeber haben von einer Lohnkürzung in Höhe von 20 Prozent abgesehen. Die Arbeiter haben der Verlängerung der laufenden Verträge bis 1933 zugestimmt. Die Aussperrungsbeschlüsse für kommenden Freitag sowie der Streikbeschluß sind zurückgezogen worden.

Neue Entlassungen beantragt.

h **Berlin**, 15. Februar.

Die Firma YALE & TOWN in Velbert (Rheinland) hat vorsorglich Antrag auf Entlassung von 250 Mann gestellt. Zur Zeit werden 750 Mann beschäftigt.

ADGB.

h **Berlin**, 15. Februar.

Im hiesigen Gewerkschaftshaus hat heute die vierte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes begonnen. Auf der Tagesordnung steht besonders die Erörterung von Arbeitsbeschaffungsplänen.

RGO-Versammlung.

H. R. Am 9. Februar hatte die RGO eine Versammlung für die Putzer Groß-Berlins in Haberlands Festsälen einberufen. 80 Kollegen waren erschienen. Wie die Leitung der Versammlung feststellte, war der größte Teil im Baugewerksbund, also freigewerkschaftlich organisiert; acht Kollegen hatten ihre Mitgliedschaft im Baugewerks-Bund fallen gelassen; drei waren vom Industrieverband und etwa acht vom roten Einheitsverband für das Baugewerbe.

FRITZ HECKERT als Referent führte den Beweis, daß es stets die Belebung der Bauindustrie war, die aus den Krisen herausführte. Heute sei aber die Bauindustrie nicht mehr eine solche Schlüssel-Industrie. Warum, sagte er nicht. Er forderte am Schluß seiner Rede alle Kollegen auf, in die RGO einzutreten und THÄLMANN zu wählen, weil KPD und RGO die einzigen Organisationen seien, die aus der Krise herausführten.

In der Diskussion sprachen drei Gegner der RGO. Ein ISK-Genosse wies darauf hin, daß der KPD die RGO-Politik auf dem IV. Weltkongreß vom EKKI aufgezwungen worden sei, und daß sich HECKERT damals als Delegationsführer selber mit Händen und Füßen dagegen gewehrt habe — was HECKERT auch nicht bestritt — er stellte die direkte Frage an HECKERT, wieviel von den damaligen Delegierten noch in der KPD seien. — Antwort bekam er nicht darauf.

Ferner forderte er die Versammelten auf, sich bei der Reichspräsidentenwahl überall für einen Einheitskandidaten der Arbeiterschaft einzusetzen.

Sein Schlußwort begann HECKERT mit der Erklärung, er rede jetzt nicht als Privatperson, sondern als Vertreter einer Linie, und zwar der der KPD — womit er vielleicht sagen wollte, daß er persönlich die RGO-Politik auch heute noch für falsch hält.

Ein geradezu klägliches Bild bot die beabsichtigte Wahl einiger Delegierten zu einem bevorstehenden Kongreß. Acht Delegierte sollten gewählt werden. Aber die Versammelten zeigten weder Neigung, sich freiwillig zu melden, noch Vorschläge zu machen. Geradezu jammervoll klang das wiederholte Bitten des Versammlungsleiters: „Kollegen, meldet Euch doch, oder macht wenigstens Vorschläge. Von den acht Kollegen, die ihre Mitgliedschaft fallen gelassen haben, können sich doch wenigstens fünf oder drei melden. Ihr könnt sogar einen Zettel mit Eurem Namen durch einen anderen Kollegen abgeben lassen, so daß Ihr gar kein Risiko eingeht."

Eisiges Schweigen war die Antwort, und die Versammlungsleitung sah sich genötigt, die Wahl auf eine spätere Versammlung zu vertragen. Ebenso erging es dem Versuch, einige Delegierte für einen Erwerbslosenausschuß zu wählen. So sieht die Aktivität derer aus, die kurz vorher bis auf zwei Stimmen die Kandidatur THÄLMANN vorschriftsmäßig gebilligt hatten.

Es kann auch sein, daß die Versammelten durch ihre Passivität den geringen Wert solcher Kongresse, wie sie die KPD häufig inszeniert, kennzeichnen wollten. Getan haben sie das jedenfalls.

Diskussion über die Einheitsfront.

W. F. Kassel, 14. Februar.

In einem Vorstadtbezirk von Kassel veranstaltete der ISK eine gut besuchte Versammlung mit einer Aussprache über die Frage: „Wie schaffen wir die Einheitsfront?" Die im „Funken" wiederholt angeführten und begründeten Thesen: Einheitsfront aller proletarischen Organisationen unter Führung der Freien Gewerkschaften in der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl und Einheitsfront in den Hammerschaften der freien Gewerkschaften wurden vom Referenten vertreten.

In der Diskussion sprachen Genossen von der SAP, von der KPD und vom ISK. Die Diskussion war in jeder Hinsicht vorbildlich. Alle Redner sprachen sachlich und ernst, und die Versammlung schenkte ihnen, nicht zuletzt auf Grund dieser Tatsache, Gehör.

Die These der SAP-Genossen: Wir müssen den Faschismus im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Depression betrachten. Er ist ein Element zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Um also den Faschismus zu bekämpfen, ist es notwendig, gleichzeitig den Kapitalismus zu bekämpfen. Daher kann die Abwehrfront auch keine Einheitsfront sein, die bis ins Bürgertum hineinreicht, wie dies bei der „Eisernen Front" der Fall ist, sondern sie muß eine *Klassen*front sein, die nicht nur die Aufgabe hat, den Faschismus zu bekämpfen, sondern die Aufgabe, den Kampf für den Sozialismus zu führen.

Die These der KP-Genossen: Die Einheitsfront des Proletariats zur Abwehr des Faschismus darf nicht nur nicht bis ins Bürgertum hineinreichen, sondern sie muß auch die SP und die von der SP infizierten Freien Gewerkschaften ausschließen, weil die SP das Proletariat verraten hat, und ihre Politik schuld ist an dem Bruderkampf, der heute in der Arbeiterschaft an der Tagesordnung ist.

Gegen diese beiden Standpunkte wurde von ISK-Genossen folgendes angeführt:

1. Es ist nicht immer klug, neben dem Abwehrkampf gegen eine besonders dreiste und gefährliche Kerntruppe der Reaktion, gegen den Faschismus, noch andere Aufgaben, zum Beispiel den Kampf für besondere sozialistische Ziele, von den zur Abwehr der Hitlerei bereiten Menschen zu fordern. Wir schränken dadurch die Einheitsfront der Antifaschisten unnötigerweise ein, die heute, angesichts der gewaltigen Macht des Faschismus, gar nicht breit genug sein kann.

2. Die Klassenfront gegen die Bourgeoisie können wir außerdem in den Freien Gewerkschaften schaffen, deren Ziel laut Satzung ja der Klassenkampf gegen die Bourgeoisie ist. Es kommt dabei nur darauf an, die Gewerkschaften dahin zu bringen, daß sie für ihr Programm auch tatsächlich eintreten.

Der KP-Genosse wurde darauf hingewiesen, daß der Nutzen der KP-Parolen von keinem nachdenkenden Klassenkämpfer eingesehen werden könne, wenn diese Parolen nicht nur bürgerliche Antifaschisten, sondern auch die Masse der in den Gewerkschaften organisierten Proleten vor den Kopf stoßen. Mit Recht führte ein SAP-Genosse an, daß die KP ihr Parteiinteresse dem Klasseninteresse vorangehen läßt. Das zeigte sich auch in der Diskussion über die Frage der Aufstellung eines gemeinsamen Arbeiterkandidaten zur Reichspräsidentenwahl, über die sich SAP- und ISK-Genossen einig waren.

Ein SAP-Genosse schlug eine Resolution folgenden Wortlauts vor: „Alle in der Versammlung vertretenen sozialistischen Organisationen haben den Bruderkampf einzustellen und sich zur sozialistischen Klassenfront zusammenzuschließen." Die Kühnheit des wohlmeinenden Genossen von der SAP hatte aber die Rechnung ohne die Gäste von der KP gemacht, für die eine solche Entschließung natürlich nur annehmbar ist, wenn die geforderte Einheitsfront unter die Führung der KP gestellt werden soll.

SP gegen Werksparkassen.

h **Berlin**, 15. Februar.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Initiativentwurf über Werksparkassen und Arbeitnehmereinlagen eingebracht. Der Entwurf zielt auf eine Abschaffung der Werksparkassen ab.

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Mittwoch, den 17. Februar.

Königswusterhausen:
- 18.30 Prof. Dr. HASHAGEN: Die Entstehung des modernen Kapitalismus.
- 21.10 Hörspiel: Die Frösche des ARISTOPHANES. (Auch Leipzig).
- 22.25 RÄUSCHER: Politische Zeitungsschau.

Langenberg:
- 19.30 Dr. NIEMEYER: Die Strukturveränderungen der Welttextilindustrie.

München:
- 18.30 Prof. Dr. WITTKE, Ohio: Die politischen Parteien Amerikas.

Donnerstag, den 18. Februar.

Breslau:
- 19.10 Landessekretär ANTON LINKE: Die Enzyklika PIUS XI. „Quadragesimo anno."

Leipzig:
- 14.00 W. GÖPEL: KÄTHE KOLLWITZ.

Mühlacker:
- 22.35 Junge Generation: Gespräch zwischen PAUL LAVEN und einem jungen Bauern.

Moskau, Gewerkschaftssender:
- 20.00 Die Ergebnisse der XVII. Partei-Konferenz der KPSU.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke" vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort

Straße und Hausnummer.

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36. Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 2. HEFT FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANT über
Rüstung, Völkerrecht und Frieden

HANS LEHNERT:
Abrüstung, Völkerbund und Sozialismus

THEODOR HÜPEDEN:
Sozialpolitik und Sozialismus

Zum Nachdenken:
Die schwarze Internationale marschiert:
England: Die Bilanz von 10 Jahren.
Holland: Das konfessionelle Schulwesen.
Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.
Katholische Arbeitslosenbetreuung.

Einbruch ins Nazi-Lager. — „Rekrutierungsgebiete" der SPD. Tierquälerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe
Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Kohlen-Bust
liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand
Zentrale und Hauptlagerplatz Berlin N 58, Schwedter Str. 83.
Verkaufsstellen:
1. N 58, Schönhauser Allee 48
2. N 58, Pappel-Allee 87
3. C 25, Prenzlauer Straße 9
4. NO 18, Waßmannstraße 10 A
5. NO 43, Lietzmannstraße 16/17
Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen D 4 Humboldt 3062

BUROBEDARFSARTIKEL
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. TIMMERMANN
Hamburg 24, Papenhuderstr. 9
Telephon: 25 53 42

Arbeiterkinderheim
Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M, Kinder unter 10 Jahren 1,— M.
Etty Gräffe

Apfelsaft
naturrein und ungegoren, hervorragend zur Frühjahrskur, bestes Tafelgetränk
10 Flaschen RM 5,40
Versand per Bahn
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104.

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt *Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen*
Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung
Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Henri Barbusse
DIE HENKER
Einzig berechtigte Uebersetzung. Von Heinrich Nelson. 143 Seiten. Mit 2 Landkarten. Preis: Brosch. 2,80 RM.
Dieses Buch rührt an dein Gewissen!
Barbusse berichtet als Augenzeuge aus der Hölle Europas: „Bulgarien, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland sterben am weißen Terror."
„Denen die fragen: ‚Ist es wahr?' muß man antworten: ‚Die Wahrheit ist schlimmer!'"

Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14

Ein Nachwort zum Helldorf-Prozeß.

„Gerechtigkeit ist eine schöne Sache;
aber es gibt auch eine Justiz!“

A. P. In der Berufungsverhandlung wegen der Kurfürstendamm-Krawalle am jüdischen Neujahrstag sind Graf HELLDORF, sein Stabschef ERNST und 21 andere Angeklagte von der Anklage wegen Landfriedensbruches freigesprochen, während 18 Angeklagte wegen Landfriedensbruches zu Gefängnisstrafen von 4 bis 10 Monaten verurteilt worden sind. HELLDORF und ERNST sind wegen Beleidigung eines Zeugen zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Bei allen Verurteilten hat das Landgericht als erwiesen angesehen, daß sie sich zusammengerottet haben, um am jüdischen Neujahrsabend gegen Juden Gewalttätigkeiten zu verüben, oder daß sie sich — ohne Begehung von Gewalttätigkeiten — an dieser Zusammenrottung beteiligt haben.

Bei den 21 freigesprochenen Angeklagten hat das Gericht nicht festgestellt, daß sie sich mit den auf dem Kurfürstendamm befindlichen Nationalsozialisten zusammengerottet haben; sie seien zum Teil nicht bis zum Kurfürstendamm vorgedrungen, zum Teil zu spät gekommen.

Dem Freispruch des Grafen HELLDORF, der als Hauptperson des Prozesses wegen Rädelsführerschaft angeklagt war, widmete der Vorsitzende besondere Ausführungen: Das Gericht verkenne nicht, daß ein *gewisser* Verdacht für die Rädelsführerschaft bestehe, da HELLDORF als SA-Mann *möglicherweise* habe wissen können, daß an jenem Abend eine erhebliche Anzahl von Nationalsozialisten auf dem Kurfürstendamm gewesen seien und daß es dort zu Krawallen kommen würde. (Die Zeugenaussage GOEBBELS' zu der Frage, ob zwischen ihm und dem Grafen HELLDORF eine Verabredung der Kurfürstendamm-Krawalle stattgefunden habe, wurde vom Gericht nicht erzwungen.) Für die Unschuld des Angeklagten spreche die Tatsache, daß er gerade vor den Augen der Polizei auf dem Kurfürstendamm eingetroffen sei! Im übrigen habe das Gericht den Eindruck gewonnen, daß sich dieser Angeklagte, *wenn* er schuldig gewesen wäre, sich nicht der Verantwortung entzogen, seine Kameraden nicht im Stich gelassen hätte. Objektiv sei zwar auch bei ihm der Tatbestand des Landfriedensbruches erfüllt, aber der Vorsatz zu der strafbaren Handlung sei ihm nicht nachzuweisen. Ihm sei vielmehr zu glauben, daß er sich auf den Kurfürstendamm begeben habe, nur um die Gefahr des Landfriedensbruches zu beseitigen, das heißt, um die Juden gegen seine eigenen Parteigenossen zu schützen!

Der Prozeß nahm seinen unwürdigen Anfang mit der Haftentlassung der größten Zahl der Angeklagten. Die Angeklagten, die gegen andere ruhige Bürger Gewalttätigkeiten verübt hatten, wurden in der Hauptverhandlung so sanft und zart behandelt, daß sie sich mit der Zeit auch hier als Herren der Lage fühlten und sich alles mögliche erlaubten: Ein Angeklagter erschien plötzlich nicht, weil er außerhalb an einer politischen Konferenz teilnehmen „mußte“, andere Angeklagten wurden „krank“; Zeugen fehlten; GOEBBELS verweigerte ohne Grund seine Aussage zu einer für die Klärung der Schuld HELLDORFS entscheidend wichtigen Frage, und zwar ohne daß ein Strafverfahren zur Erzwingung des Zeugnisses gegen ihn eingeleitet wurde. Ohne Sorgen wurden einfach zwei Belastungszeugen nicht beeidigt mit der fadenscheinigen Begründung, die Zeugen seien des Landfriedensbruches selbst verdächtig und es solle jeder Revisionsgrund vermieden werden. Das wagt ein Richter zu verkünden, der dadurch, daß er gegen die Aussageverweigerung von GOEBBELS das Zwangsverfahren nicht einleitete und daß er ferner zwei Belastungszeugen nicht vereidigte, selber zwei wichtige Revisionsgründe gegeben hat. Die Gründe, die der Vorsitzende für den Freispruch HELLDORFS anführte, zeugen entweder von einer unüberbietbaren Naivität auf politischem Gebiet oder von Wohlwollen gegen die NS oder von Angst vor etwaigen zukünftigen NS-Machthabern. Man braucht nur irgendeine nationalsozialistische Zeitung zur Hand zu nehmen oder eine politische Versammlung der NS zu besuchen, um sich von der Verlogenheit von HELLDORFS Ausspruch zu überzeugen, er habe sich *als Oberführer der SA* nach dem Kurfürstendamm begeben, um die jüdischen Passanten vor Anrempelungen der SA-Leute zu schützen. Für die *gesamte* Justiz ist es aber charakteristisch, daß ein Landgerichtsdirektor solche Urteilsgründe verkünden kann, ohne Gefahr zu laufen, von seinen eigenen Kollegen unmöglich gemacht zu werden. Wo ist die öffentliche Stimme der rechtlich denkenden Richter?

Ein Oberlandesgericht hat kürzlich ein Mitglied der SPD (!) zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt, weil der Angeklagte einen dünnen Wasserschlauch in einer Versammlung bei sich geführt habe, einen Wasserschlauch, den zwei Gerichte mit sämtlichen Sachverständigen als Waffe *nicht* ansehen konnten. Dasselbe Oberlandesgericht hat jedoch ein Mitglied der NSDAP, das in einer politischen Versammlung einen Schlagring bei sich führte, freigesprochen, weil es den Angaben des Angeklagten glaubte, daß der Schlagring sich in der Jagdjoppe befunden habe und der Angeklagte in der Eile aus Versehen die Jagdjoppe gegriffen habe, ohne natürlich den Schlagring in der Tasche zu bemerken.

Solche Fälle und der HELLDORF-Prozeß bieten im Grunde nichts wesentlich Neues oder Ueberraschendes.

Eine solche Justiz mag sich drehen und wenden, wie sie will — dem Vorwurf der Klassenjustiz liefert sie neues Material. Wann wird der Klassenkampf auch hier die klassenlose Gesellschaft begründen!

h Berlin, 15. Februar.

Einen NS hatte man bei Betreten eines Versammlungslokals nach Waffen durchsucht und bei ihm eine Pistole gefunden. Deshalb wurde er in erster Instanz wegen Waffenmißbrauchs verurteilt. In zweiter Instanz wurde er dagegen freigesprochen. Dieses Urteil wurde vom Strafsenat des bayerischen Oberlandesgerichts bestätigt.

Der NS hatte sich damit verteidigt, daß er seit 10 Jahren die Waffe bei sich trage, einen Waffenschein besitze und angenommen habe, daß er die Waffe auch dann tragen dürfe, wenn er zu einer Versammlung gehe. Das bayerische Oberlandesgericht sagt dazu, daß zwar die Polizeivorschrift auch eine fahrlässige Zuwiderhandlung gegen das Waffenmißbrauchsgesetz unter Strafe stelle. Die Mindeststrafe betrage aber drei Monate Gefängnis, die bei einer fahrlässigen Handlung doch zu hoch erscheine. Das Reichsgericht habe ausdrücklich erklärt, daß sich der Täter des Mitführens der Waffe bewußt sein müsse.

Freunde der Soz. Monatshefte.

Rpt. Berlin, 16. Februar.

Es waren zum größten Teil Nationalsozialisten, wenn auch nicht oder wenigstens noch nicht Angehörige der sogenannten Partei, die gestern abend auf einem Diskussionsabend der „Freunde der Sozialistischen Monatshefte“ über „Autarkie“ sprachen. (Autarkie nennt man den Zustand der Wirtschaft, in dem ein Land alles, was in ihm verbraucht wird, produziert.)

Wie bekommen wir Deutschland vorwärts?

Der Referent COHEN-REUSS forderte für Deutschland eine Teilautarkie auf dem Gebiete der Ernährung mit Getreide und Kartoffeln, weil „man es nicht riskieren kann, in primitiver Selbstversorgung auf die Gnade anderer angewiesen zu sein“. Das war deutlich! — Für Europa fordert er, damit er als Ganzes autark sein kann, Afrika als „natürliches“ Kolonialgebiet. Auch diese Forderung kann wohl den Beifall jedes Nationalsozialisten finden; manche (wohl aber zum Beispiel nicht HITLER) hätten daran Anstoß genommen, daß COHEN-REUSS für deutsch-französische Verständigung ist; er versicherte aber sofort, ihn interessiere nur die Frage: Wie bekommen wir Deutschland wieder vorwärts, im Rahmen Europas?

Subvention der Landwirtschaft so berechtigt wie Sozialversicherung.

Ein Abgeordneter der Landvolk-Partei, der die landwirtschaftliche Subventionspolitik zu rechtfertigen versuchte, paßte in den Gesamtrahmen der Veranstaltung weit besser hinein als einige Kommunisten. COHEN-REUSS verstieg sich im Anschluß an die Worte dieses Abgeordneten bis zu folgender Vergleichung: Mit den landwirtschaftlichen Subventionen liege es ähnlich wie mit der Sozialversicherung. „Das deutsche Volk ist dazu da, einander zu helfen.“

Otto Braun und der preußische Adel.

COHEN-REUSS: Jemand sagte zu OTTO BRAUN, man solle die Gelegenheit der Krise benutzen, um mit dem preußischen Adel Schluß zu machen. Darauf habe OTTO BRAUN „sehr verständig“ geantwortet: Ich bin gar nicht der Ansicht. Die Leute haben für Preußen doch recht Nützliches geleistet. Vielleicht kommt die Zeit, wo sie wieder Nützliches für Preußen leisten werden. Warum sollen wir das nicht abwarten?

Die „hohen“ Bauarbeiterlöhne.

M. H. Die „zu hohen“ Löhne der Bauarbeiter, über die von seiten der Unternehmer ständig gejammert wird, haben den Deutschen Baugewerksbund veranlaßt, eine Lebenshaltungsstatistik aufzustellen, die für 896 Bauarbeiterhaushalte durchgeführt worden ist. Die Erhebungen dafür stammen aus dem Jahre 1929, also aus einem noch einigermaßen günstigen Baujahre. Die Ergebnisse zeigen, daß die Verhältnisse der Bauarbeiter keineswegs so günstig sind, wie vielfach angenommen wird; man bedenkt nämlich oft nicht, daß es sich hier um einen Saisonberuf handelt, um häufigen Wechsel der Arbeitsstellen, um Doppel-Haushalte. Aus den 509 Wirtschaftsrechnungen von Maurerhaushalten ergab sich ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 2978,50 Mark. Nur 68,7 Prozent rührten aus dem Arbeitsverdienst des Haushaltungsvorstandes. Bei den 284 Wirtschaftsrechnungen aus Bauhilfsarbeiterhaushalten betrug das Gesamtjahreseinkommen durchschnittlich 2499,25 Mark (Arbeitsverdienst des Haushaltungsvorstandes nur 63,3 Prozent!). Nach den Wirtschaftsrechnungen des Statistischen Reichsamts aus den Jahren 1927—29 ergab sich dagegen für den Durchschnitt eines Arbeiterhaushalts ein Jahreseinkommen von 3325,12 Mark (Arbeitsverdienst des Haushaltungsvorstandes hier mit 80,7 Prozent eingesetzt!). Das Statistische Landesamt in Hamburg berechnete im Jahre 1925 ein noch günstigeres Ergebnis, nämlich 3355,57 Mark für das Durchschnittseinkommen (Arbeitsverdienst des Haushaltungsvorstandes war 84,7 Prozent!). Demgegenüber ist also die Lebenshaltung der Bauarbeiter nicht besonders günstig zu nennen. Dabei gehörten die Haushalte, aus denen der Baugewerksbund sein Material erhielt, in der Regel nicht zu den schlechtestgestellten, was schon daraus hervorgeht, daß die Arbeitslosigkeit der von dieser Statistik erfaßten Bauarbeiter durchschnittlich um 13 Prozent geringer war als die durchschnittlich im Jahre 1929 für die gesamte Bauarbeiterschaft errechnete. — Wie viel schlechter es heute mit der Lebenshaltung der Bauarbeiter steht, ist ohne weiteres klar: überall Lohnabbau; nur 10 Prozent der Organisierten stehen ja überhaupt noch in Arbeit!

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Bergedorf: Freitag, den 19. Februar, bei Bär, Holstenstr. 10 I. Beginn 20.15 Uhr. Thema: 1. Heraus mit der Parteipolitik aus den Gewerkschaften! Das „Volksblatt“ verleumdet den ISK. 2. Die Stellung des ISK zur Reichspräsidentenwahl. Der verantwortliche Redakteur des „Volksblatts“ ist schriftlich eingeladen worden. Er erhält auf Wunsch mehrmals das Wort in der Aussprache.

Berlin: Bezirk Neukölln, Donnerstag, den 18. Februar 1932, 20 Uhr, im Restaurant Sulz, Allerstr. 40, Ecke Weisestraße. Thema: Schafft die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse zur Reichspräsidentenwahl!

Frankfurt a. M.: Mittwoch, den 17. Februar, 20.15 Uhr, Neues Gewerkschaftshaus, Bürgerstraße. Thema: Sollen wir Hindenburg tolerieren? (Eine Entscheidungsstunde des Proletariats.)

Hamburg: Freitag, den 19. Februar, 20.15 Uhr, Volksheim Eimsbüttel, Eichenstr. 61. Thema: Wie schaffen wir die Einheitsfront der Arbeiterklasse?

Freie Aussprache. Eintritt frei.

Die Henker

Von Henri Barbusse

(Copyright by Verlag „Oeffentliches Leben“, Berlin.)

(Fortsetzung.)

„In Doftana gibt es eine „Abteilung H.“, wohin man die „undisziplinierten“ Gefangenen schafft. Da gibt es Kerker von drei Metern Länge und 1,50 m Breite, ohne Lüftung, ohne Bett, ohne Tisch und Stuhl, ohne irgendeine sanitäre Vorrichtung. Monatelang kein Waschwasser, keine Leibwäsche. Die Nahrung ist verschmutzt und noch dazu ungenügend. (30 Kilo Suppe für 200 Häftlinge.) Man gibt ihnen ungeschälte Kartoffeln in einem Eimer; man kocht Schmutzwasser und füllt damit den Eimer bis zum Rand, mit einem Wasser, das die Körper schwellen macht und Nierenentzündungen verursacht. Die Gefangenen trinken aus demselben Gefäß, selbst die Schwindsüchtigen und die Syphilitischen. Man legt ihnen Handschellen an derart, daß man sehr bald eine stark merkbare Abmagerung des Handgelenks bemerken kann. Man unterzieht sie fortgesetzt der Prügelstrafe. Die Gefangenen, die man auf die Fußsohlen schlägt, sind nicht mehr imstande zu gehen, wenn sie in die Zellen zurückgebracht werden; ihren Kameraden ist es verboten, sie aufrechtzuhalten.

Man kann diese Behandlung nicht länger als einige Monate ertragen. Wenn man da herauskommt, ist man stumpfsinnig oder epileptisch, oder, vielmehr, man stirbt dort. In sechs Monaten sind von den 53 in der Abteilung H. Untergebrachten nur 12 nicht gestorben, während des Frühjahrs 1923 gab es in Doftana 38 Todesfälle, davon 36 in der Abteilung H.“

*

„Der rumänische Anwalt BUJOR, den man gefesselt in einen dunklen Kerker steckte, ist wahnsinnig geworden. Der Bulgare ASSEN WAPTZAROFF, der infolge der Quetschung des Kopfes durch die Foltermaschine verrückt geworden war, wurde wieder nach Hause entlassen. Dort tötete er mit Beilhieben seine Frau und sein Kind — und erhing sich selbst.

Es ist jetzt der Beweis dafür erbracht, daß der Journalist HERBST in dem Ofen der Zentralheizung der Sicherheitsbehörde in Sofia (und zwar in demselben Gebäude, das der großen Genossenschaft Oswobojdenie durch Beschlagnahme weggenommen worden war) gleichzeitig mit zwei früheren Offizieren und einem anderen Journalisten lebendig verbrannt worden ist; er hatte der Regierung dauernd Opposition gemacht und in seiner Zeitung „Wik“ einen Artikel veröffentlicht, der höheren Ortes Mißfallen erregt hatte.“

*

„Ich gebe einige Zeilen dieses herzzerreißenden Appells wieder: „Die ‚Tabaksbehandlung‘ bis aufs Blut mit Hilfe von Knotenstöcken und Ochsenziemern, das Ausreißen der Haare, das Schlagen des Kopfes gegen die Mauer, das Treten mit Füßen bis zur Bewußtlosigkeit, alle diese Dinge, son denen Sie gelesen haben, sind nichts verglichen mit dem, was wir im Sicherheitspolizeigewahrsam von . . . . . (ich unterdrücke den Namen) gelitten haben. Wir waren so gefesselt, daß die Knie das Kinn berührten, daß die Arme um die Knöchel gekreuzt waren, und geknebelt, indem die Henker ihre Fußsohle auf unsere Kehle hielten, um uns am Schreien zu hindern. Das dauerte Stunden und ganze Tage, man benetzte uns mit Wasser, wenn wir in Ohnmacht fielen, um uns, wenn wir wieder zu uns kamen, aufs Neue bis zur vollständigen Erschöpfung zu foltern. Männer, die in Gegenwart ihrer Frauen, Eltern, die in Gegenwart ihrer Kinder gemartert wurden, zeigte man die einen den andern als warnendes Beispiel. Einige von uns lagen neben der Marterkammer, so daß wir das Geräusch der Schläge, die Schreie und das Röcheln hören mußten.“

*

„Diese traurige Inszenesetzung hat man auch im Falle STAMBOLIJSKIS vorgenommen. Ein bewaffneter Haufe unter der Führung des Kapitäns HARLAKOFF, zu dem ein anderer aus Mazedoniern bestehender Trupp stieß, bemächtigte sich seiner und führte ihn fort. Man machte auf einem Felde Halt, und dort zwang man ihn, sich sein Grab zu graben, dann verstümmelte man ihn und schnitt mit Messern Stücke aus seinem Fleisch. Man schnitt ihm Nase und Hände ab, man riß ihm die Augen aus und riß dem bäurischen Hünen, ehe man ihn tötete, die Haut vom lebendigen Leibe. Der Kapitän HARLAKOFF nahm das bei solchen Gelegenheiten übliche Protokoll auf, aus dem sich ergab, daß STAMBOLIJSKI getötet worden war, „als er einen Fluchtversuch unternahm“.

*

LEONTE FILIPESCU, der fieberkrank war, wurde kurzer Hand wegen Fluchtversuchs von dem Adjutanten BRATU erschossen. Ein Zeuge, zu dem ich Beziehungen hatte, hat gesehen, wie BRATU aus zwei Metern Entfernung schoß.

„Hunderte von unschuldigen Menschen wurden während des Transportes erschossen“, hat der Abgeordnete Pope DUMBRAWA in der rumänischen Kammer gesagt. „Große Mengen von Märtyrern hat man, Ellenbogen an Ellenbogen gebunden, mit zerschmetterten Händen und Füßen gefunden.“ Man kann sich also in einem derartigen Fall nicht auf den „Fluchtversuch“ berufen.

*

„In dem Dorf Alexandrowo im Kreise Swischtow fand man eine ganze Familie, Vater, Mutter, Großvater, Tochter, Schwager und vier Kinder im Alter von vier bis zwölf Jahren erwürgt und verstümmelt. Die Liste der ähnlich liegenden Fälle würde lang sein. Zwei Jahre lang, Tag für Tag, nach der Ergreifung der Macht durch ZANKOFF, wurde die Erzieherin ANNA MEEIMUNKOWA auf den Kirchhof von Sofia geschleppt und dann schließlich enthauptet, nachdem man sie vergewaltigt hatte. Sie war zwanzig Tage lang nach ihrer Festnahme derart geschlagen worden, daß ihre Freundinnen sie im Gefängnis nicht wiedererkannt hatten. Andere Frauen wurden mit Säbelhieben zerfetzt (ANKA DIMITROWA, eine Frau von sechzig Jahren, die sich geweigert hatte, das Versteck ihres Sohnes zu verraten), andere wurden gehängt, wieder andere unter unsagbar raffinierten Foltern langsam getötet. Fräulein TZOLA DRAGOJTSCHEWA war vor langer Zeit zum Tode verurteilt worden. Aber nachdem sie von den Polizeibeamten vergewaltigt worden war, ist sie schwanger geworden, und man erwartete ihre Entbindung, um sie dann hinzurichten.

(Fortsetzung folgt).

Deutscher Ausfuhrüberschuß im Januar: nur 117 Millionen Mark.

Die deutsche Ausfuhr ist im Januar gegenüber den Vormonaten stark zurückgegangen; die Einfuhr ist gleichzeitig verhältnismäßig wenig zurückgegangen. Ergebnis: der Ausfuhrüberschuß ist seit Dezember auf weniger als die Hälfte gesunken. Im Dezember betrug der Ausfuhrüberschuß noch 250 Millionen Mark, im Januar nur 117 Millionen Mark (wenn man bei der Einfuhr 15 Millionen Mark Lagerabrechnungen in Abzug bringt). Er war andererseits, was auch nicht vergessen werden darf, fast doppelt so groß wie im Januar 1931. Die Einzelheiten gehen aus nachstehender Tabelle hervor.

Deutscher Außenhandel.
(In Millionen Mark.)

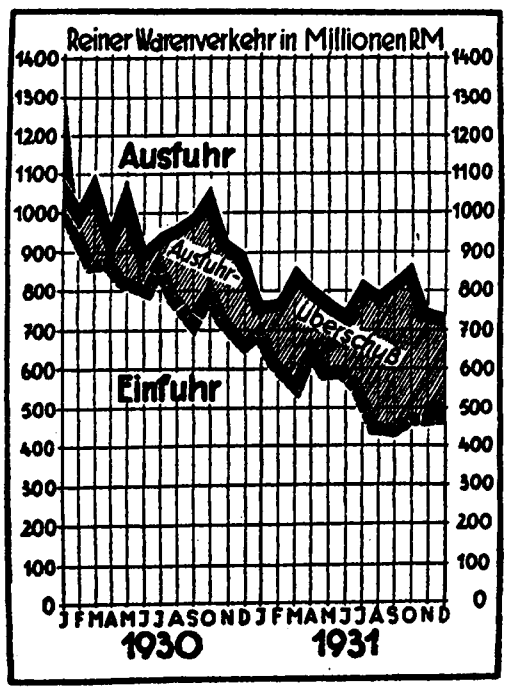
Monat	Insgesamt			Lebensmittel		Rohstoffe		Fertigwaren	
M.-D.[1])	Einf.	Ausf.[2]	Saldo	Einf	Ausf.[2])	Einf.	Ausf.[2]	Einf.	Ausf.[2])
1913	898	841	— 57	234	89	523	190	116	562
1927	1186	900	—286	361	37	599	217	212	644
1928	1167	1023	—144	349	52	602	229	204	740
1929	1121	1124	+ 3	319	58	600	244	189	819
1930	866	1003	+137	247	40	459	204	150	753
1931	560	800	+240	164	30	289	151	102	615
1930 Okt.	834	1073	+239	249	36	430	208	143	817
1930 Nov.	734	931	+197	207	34	383	176	134	711
1930 Dez.	681	903	+222	192	33	359	169	122	697
1931 Jan.	715	775	+ 60	217	27	374	170	116	575
1931 Okt	483	879	+396	158	36	225	148	95	691
1931 Nov.	482	749	+267	141	33	248	124	89	589
1931 Dez	488	738	+250	158	32	241	116	86	589
1932 Jan.	440	542	+102	141	22	221	102	75	417

[1]) Monats-Durchschnitte.
[2]) Einschließlich Reparationslieferungen.

Wir wissen, für die Zahlung von Zins- und Tilgungsraten für die deutschen Auslandsschulden ist es außerordentlich wichtig, daß Deutschland laufend einen erheblichen Ausfuhrüberschuß erzielt. Entscheidend ist vor allem die Höhe der Fertigwarenausfuhr. Gerade die Ausfuhr von Fertigwaren zeigt nun im Januar 1932 gegenüber dem Vormonat einen Rückgang von 172 Millionen. Ein Teil des Rückgangs ist saisonbedingt. Im Vorjahr betrug aber der Rückgang vom Dezember auf den Januar nur 122 Millionen Mark, obgleich der Gesamtumfang des Außenhandels damals noch weit größer war.

Das folgende Schaubild zeigt, wie sich in den einzelnen Monaten der Jahre 1930 und 1931 der Ausfuhrüberschuß als Unterschied zwischen Einfuhr und Ausfuhr ergeben hat. Das Band in der Mitte, das den Ausfuhrüberschuß darstellt, ist in den verschiedenen Monaten, wie man sieht, sehr verschieden breit.

Die deutsche Handelsbilanz.



Im Januar 1931 war der Ausfuhrüberschuß, wie das Schaubild zeigt, deshalb kleiner als im Dezember 1930, weil die *Einfuhr gestiegen* und die Ausfuhr gefallen war; im Januar 1932 ist der Ausfuhrüberschuß kleiner als im Vormonat, *obgleich* die *Einfuhr gesunken* ist, weil nämlich die Ausfuhr wesentlich stärker gesunken ist. Das ist natürlich ein wichtiger Unterschied, der nur zum Teil durch die zunehmende Schrumpfung des Handelsumfangs (Rückgang der Mengen und der Preise) erklärt werden kann.

Die meisten Zeitungen werden die Gelegenheit benutzen, um darzutun, daß es Deutschland unmöglich sei, seine Auslandsverpflichtungen zu erfüllen oder gar die Reparationszahlungen wieder aufzunehmen; die Entwicklung des deutschen Außenhandels zeige klar, daß die deutsche Ausfuhr zu starken Hemmungen ausgesetzt sei. Wir sind die Letzten, die diese Hemmungen billigen oder ihre Wirkung verkennen. Aber es scheint uns doch voreilig und deshalb gefährlich, aus der „Halbierung" des Ausfuhrüberschusses im Januar bereits so weitgehende Schlüsse zu ziehen. Denn im Januar war in den vier vorhergehenden Jahren der Einfuhrüberschuß besonders groß, auch in denjenigen Jahren, die insgesamt einen Ausfuhrüberschuß ergaben; beziehungsweise der Ausfuhrüberschuß war im Januar besonders klein. Das zeigt die folgende Vergleichung der Januarzahlen mit den Monatsdurchschnittszahlen.

Saldo der Handelsbilanz:
(In Millionen Mark.)

	Januar	Monatsdurchschnitt
1928 . . .	445 Einf.-Uebersch.	144 Einf.-Uebersch.
1929 . . .	215 Einf.-Uebersch.	3 Ausf.-Uebersch.
1930 . . .	212 Einf.-Uebersch.	137 Ausf.-Uebersch.
1931 . . .	60 Ausf.-Uebersch.	240 Ausf.-Uebersch.
1932 . . .	117 Ausf.-Uebersch.	

Es wird also notwendig sein, mindestens noch einen Monat abzuwarten, ehe man sagen kann, die deutsche Handelsbilanz beweise, daß die anderen Staaten es Deutschland unmöglich machten, seine Auslandsverpflichtungen zu erfüllen. Die deutsche Regierung tut ja zudem in bezug auf innere Wirtschaftspolitik keineswegs alles, um die wirtschaftliche Lage zu verbessern, sondern, wie wir wiederholt gezeigt haben, nahezu alles, um sie zu verschlechtern.

H. H.

Tariflöhne am 1. Januar 1932.

Nach „Wirtschaft und Statistik" haben sich die deutschen Tariflöhne im Durchschnitt aller Arbeitergruppen vom 1. Dezember 1931 bis zum 1. Januar 1932 um 9,6 Prozent gesenkt. Die Senkung betrug für

Facharbeiter . . . . . 9,1 Prozent,
Angelernte . . . . . 10,2 Prozent,
Hilfsarbeiter . . . . . 9,3 Prozent,
weibl. Fach- und angel. Arbeiter 11,4 Prozent,
Hilfsarbeiterinnen . . . . . 11,3 Prozent,

Berücksichtigt man nur die Vertragsgebiete, in denen die Lohnsenkung durch die Notverordnung vom 8. Dezember geregelt worden ist, so ergibt sich ein Rückgang von 10,6 Prozent für Facharbeiter und 10,8 Prozent für Hilfsarbeiter.

Von irdischen zu astronomischen Zahlen.

Unter dieser Ueberschrift stellten wir in Nr. 29 des „Funken" dar, wie die Ziffern über die geleisteten Reparationen auf deutscher Seite steigen. Wir gaben dabei als Endziffer: **67,7** Milliarden Mark.

Das französische Finanzministerium lehnt in einer Veröffentlichung, die wir dem Pariser „Temps" vom 13. Februar entnehmen, die deutsche Berechnung — wie uns scheint — sehr mit Recht, ab.

Die Gegenrechnung über französische Kriegsschäden (in *Francs*) sieht so aus: Tatsächliche Ausgaben: **103** Milliarden, unter Hinzurechnung von Zinsen: **148** Milliarden, Kapitalwert unter Berücksichtigung des verschiedenen Wertes des Franc an den verschiedenen Zahlungsdaten: **175** Milliarden Francs, derselbe Kapitalwert unter Hinzurechnung von Zinsen: **250** Milliarden.

Dieses Spielen mit Ziffern läßt sich wohl noch beliebig fortsetzen; es lohnt vorläufig nicht, im einzelnen darauf einzugehen.

H. H.

Zur Lage in Frankreich.

Die *Rohstahlerzeugung* betrug im Jahre 1931 7,8 Millionen Tonnen, im Vorjahre 9,4 Millionen Tonnen.

Die Umsatzziffern der bedeutendsten *Warenhäuser* sind durchweg rückläufig, wie die nachstehende Tabelle zeigt:

	Umsatz in Millionen Franken 1930	1931
Galeries Lafayette	856	783
Printemps	680	634
Bon Marché	639	606
Samaritaine	1 178	1 095
Louvre	754	607

Im Januar 1930 waren erst 98 000 Tonnen der französischen *Handelsflotte* aufgelegt, jetzt, nach amtlichen Mitteilungen, 768 000 Tonnen; das ist mehr als ein Fünftel der Flotte. Die Bildung von *Syndikaten* für Stahl, Eisenträger, Stabeisen, Bandeisen, Feinbleche und Draht macht leider rasche Fortschritte.

Außenhandel: Die Einfuhr betrug im Januar 1932 2,3 Milliarden Francs (im Januar 1931: 3,8 Milliarden Francs). Die Ausfuhr: 1,8 Milliarden Francs (Vorjahr: 2,6 Milliarden Francs). Der Einfuhrüberschuß hat sich fast halbiert, wohl als Folge der Einfuhrbeschränkungen.

Wieviel Arbeitslose gibt es in Frankreich?

kn **Paris**, Februar 1932.

Die französische Regierung drückt sich darum, die Zahl der erwerbslosen Arbeiter in Frankreich festzustellen; wohl um der Welt nicht offen zu zeigen, wie sehr die Krise auch in die französische Industrie eingegriffen hat. Um abschätzen zu können, wie groß die Schlagkraft der Arbeiter beispielsweise bei Streiks sein würde, ferner, wie groß der Kaufkraftausfall infolge Arbeitslosigkeit in Frankreich ist, mit welcher Verschlimmerung der Krise wie also noch zu rechnen haben, ist es für uns wichtig, so genau wie möglich festzustellen, wieviel Erwerbslose es in Frankreich gibt.

In Nr. 3 des „Funken" haben wir die Gründe dafür angegeben, warum es schwierig ist, dies festzustellen. Die vorhandenen Statistiken sind weder zuverlässig noch vollständig. Wir haben in derselben Mitteilung den Versuch des „Populaire" angegeben, zu einer Abschätzung der Zahl der Erwerbslosen zu gelangen. Dieser Versuch geht von den Zahlen aus, die die Fabrik- und Bergwerksinspektoren in bezug auf die Arbeiterzahl in den Betrieben mit mehr als 100 Arbeitern veröffentlichen. Es wird vom „Populaire" angenommen, daß die Differenz der Arbeiterzahl in diesen Betrieben 1931 gegenüber 1930 die Zahl der Erwerbslosen angibt und daß die sich so ergebende Prozentzahl der Erwerbslosigkeit dieselbe ist in den Betrieben, die nicht unter der Kontrolle jener Inspektoren stehen. Endlich schließt der „Populaire" daraus, daß die Zahl der bei den städtischen Unterstützungskassen Eingeschriebenen ebenfalls erheblich zugenommen hat, daß seit dem neuesten Berichtstag der Inspektoren die Zahl der Erwerbslosen erheblich zugenommen hat.

Wenn man die Betrachtung, die der „Populaire" im Dezember 1931 angestellt hat, für Ende Januar 1932 wiederholt, so ergibt sich folgendes Bild. Nach den Berichten der Inspektoren betrug die Verminderung der Arbeiterzahl zwischen dem 1. Januar 1931 und dem 1. Januar 1932 rund 13,38 Prozent. Wird angenommen, daß diese Prozentzahl die der gesamten Erwerbslosen in Frankreich ist, so ergibt sich eine Erwerbslosenzahl (auf 12 Millionen Arbeiter gerechnet) von rund 1 600 000. Zwischen dem 1. und 31. Januar ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen von 162 000 auf 241 000, also um fast 80 000 (das sind 50 Prozent) gestiegen. Also ist auch die Zahl der Erwerbslos-Gewordenen in dieser Zeit gestiegen und beträgt jetzt nicht viel weniger als 1 700 000.

In jener Mitteilung in Nr. 3 des „Funken" haben wir auch die schwachen Stellen dieser Beweisführung gezeigt: 1. Ist es sicher, daß die Mehrzahl derjenigen, die die von den Inspektoren kontrollierten Betriebe verlassen haben, jetzt erwerbslos sind? 2. Läßt sich die prozentuale Angabe auf die nicht-kontrollierten Betriebe ausdehnen? 3. In welchem Verhältnis steht die Zahl der Unterstützungsempfänger zu der der Erwerbslosen?

Wir wollen heute versuchen, diese Fragen auf Grund zahlreicher Berichte und Beobachtungen zu beantworten.

1. Es ist nicht wahrscheinlich, daß eine große Zahl derjenigen, die aus den kontrollierten Betrieben mit mehr als 100 Arbeitern ausgeschieden sind, in kleineren Werkstätten, in öffentlichen Betrieben oder bei der Eisenbahn untergekommen sind. Dagegen muß die besondere Rolle der ausländischen Arbeiter in Betracht gezogen werden. Von diesen sind die Polen besonders zahlreich in den Großindustrien beschäftigt. Diese ausländischen Arbeiter sind aber in vielen Fällen zuerst entlassen worden. Viele von ihnen sind nach Hause zurückgekehrt. (Der Nachtschnellzug vom Pariser Nordbahnhof über Berlin nach Warschau ist seit vielen Wochen überfüllt mit polnischen Rückwanderern. Die Italiener dagegen, die auch einen großen Prozentsatz der Fremden darstellen, sind entweder Landwirte oder Bauarbeiter und in Frankreich sehr seßhaft.) Nach den amtlichen Statistiken sind seit dem Herbst jede Woche 4000 bis 5000 nicht-französische Arbeiter nach Hause zurückgekehrt. Diese müssen daher von der Zahl der Erwerbslosen abgezogen werden. Die Prozentzahl der Erwerbslosen, die aus Betrieben mit mehr als 100 Arbeitern kommen, beträgt daher wahrscheinlich nicht 13,38 Prozent, sondern vielleicht nur 12 Prozent der Arbeiter zu Beginn des Jahres 1931.

2. In den Kleinbetrieben und der Hausindustrie ist die Zahl der Entlassungen im allgemeinen größer gewesen als in den Großbetrieben.

In Lyon stehen etwa 70 Prozent der Webstühle der Seidenindustrie still, einer Industrie, die fast ausschließlich Heimindustrie ist.

In St. Etienne sind fast 80 Prozent der Posamentiere (Bortenwirker), die ausschließlich zu Hause arbeiten (teilweise mit ein bis zwei Gesellen), erwerbslos. Gleichfalls im Gebiet von St. Etienne sind in der Metallindustrie eine Reihe von kleinen Betrieben eingegangen, während sich die größeren mit Hilfe der Bankkredite halten konnten.

Dagegen hat die Arbeiterzahl in der Textilindustrie im Gebiet von Roanne in Betrieben mit mehr als 100 Arbeitern während des Jahres 1931 „nur" um 20 Prozent abgenommen. In Roanne selber haben die Munitionsfabriken ihre Arbeiterzahl fast gar nicht vermindert.

Der französische Kohlenbergbau ist im Gebiet der Loire in einer schlechteren Lage als in den anderen Bergwerksgebieten. Doch hat die Arbeiterzahl dort von 23 000 um 4000 abgenomemn, also um 17½ Prozent.

So lassen sich die Beispiele dafür vermehren, daß die Kleinindustrien im allgemeinen von der Krise schärfer betroffen worden sind als die großen, jedenfalls was die Zahl der *Voll*arbeitlosen angeht. Zwar ist andererseits die Zahl der Entlassungen in öffentlichen Betrieben geringer gewesen als in der Privatindustrie, aber diese macht nicht so viel aus, daß die Erwerbslosigkeit in den von Inspektoren nicht kontrollierten Betrieben nur etwa ebenso groß sei als in den kontrollierten. Für die nicht-kontrollierten Betriebe muß diese Zahl auf mehr als 15 Prozent, vielleicht sogar 20 Prozent der dort Anfang 1931 Beschäftigten angenommen werden. Dies ist auch verständlich, wenn man bedenkt, wie wichtig für die Kleinbetriebe die Luxusindustrien sind, die in Frankreich besonders gelitten haben.

Nehmen wir an, daß die Vollerwerbslosigkeit in den kontrollierten Betrieben am 1. Januar 1932 etwa 12 Prozent betrug, in den nicht-kontrollierten aber 20 Prozent, so ergibt sich eine Gesamtzahl von 840 000 + 1 000 000, also eine höhere Zahl als auf Grund der ersten rohen Schätzung. Natürlich stellt auch diese Zahl nur eine Schätzung dar.

3. Beim Vergleich der Zahl der im Januar 1932 Erwerbslos-Gewordenen und der Zahl der in diesem Monat neu eingeschriebenen Unterstützungsempfänger muß man verschiedene Dinge gegen einander abwägen. Einerseits können viele Erwerbslose nicht eingeschrieben werden: Entweder erfüllen sie die Bedingungen nicht, oder es gibt an ihrem Orte keine Unterstützungskasse. Auch scheuen sich viele davor, Unterstützungen in Anspruch zu nehmen und leben lieber von ihren Ersparnissen. Andererseits aber lassen sich jetzt viele einschreiben, die sich vor einigen Monaten noch davor gescheut haben. Auch nimmt die Zahl der Orte ständig zu, in denen Kassen eröffnet werden. Auf Grund unserer Beobachtungen und der Erfahrungen von Genossen sind wir der Ansicht, daß eine Zunahme der Eingeschriebenen um 80 000 eine Zunahme der Erwerbslosen um etwas mehr als diese Zahl ausmacht.

Schätzen wir die Zunahme der Erwerbslosigkeit seit dem 1. Januar 1932 auf 100 000 und zählen sie zu der oben berechneten Zahl von 1 840 000 hinzu, so ergibt unsere Berechnung:

In Frankreich gab es Anfang Februar 1932 fast 2 000 000 Erwerbslose.